

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Volk. 1930-1930 1930**

5 (1.2.1930)

# DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN REICHSPARTEI  
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatl. für Deutsch-  
land 0.80 RM., f. d. Saargebiet Fr. 4.50, f. Österreich 8.140  
ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Ausgabe für Baden

Herausgeber u. gesamtverantwortlich: Vitus Haller,  
Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a, Fern-  
ruf Nr. 6015. Postcheckkonten: Verlag 12329 Nürnberg,  
Partei-Kasse 33028 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

Nr. 5 / 11. Jahrgang

Samstag, den 1. Februar 1930

Einzelnummer 20 Pfg.

## Dichtung und Wahrheit!

### Zur Rede Dr. Helds in Regensburg.

Der bayerische Ministerpräsident Held hat jüngst in Regensburg eine Rede gehalten, die beweist, wie unsere heutigen Staatsmänner bis jetzt noch nicht jene Geistesentwicklung gewonnen haben, zu der sich das deutsche Volk bekennen muß, wenn es überhaupt einer besseren Zukunft entgegengehen will, nämlich der unbedingten Wahrhaftigkeit — wenn diese für das eigene Volk oder besser für seine Führer- und heutige Führungsschichten sehr bitter ausfällt. Das deutsche Volk ist vor und während des Krieges belogen und betrogen worden, aber die Verdrehung und politische Lüge in jener Zeit ist ein Schattenspiel gegen das, was man seit 1918 diesem armen Volke immer wieder verzapft und einredet.

Gewiß, Herr Held hat sehr viel Wahres und Treffendes gesagt. Aber ebenso viel Unrichtiges und Unwahres. Wir greifen nur einige Punkte heraus:

Herr Held steht auf dem Standpunkte, daß der Weltkrieg aus „Neid und Geschäftskonkurrenz“ dem deutschen Volke aufgezungen worden sei. Gewiß, die kapitalistische Profitgier von Rüstungsindustrie und Schwerindustrie innerhalb der einzelnen Länder führt immer wieder zu Völkerkonflikten und Kriegen, und er hat auch vor 1914 die Atmosphäre zum Weltkrieg mitgeschaffen. In Wirklichkeit aber war die Sache doch ganz anders. Der deutsche Ruf von Berlin bis Bagdad, die Bestrebung der österreichischen Monarchie auf Niederwerfung Serbiens waren ebensolche Kriegsgründe, als das Drängen Rußlands zum Bosphorus! Imperialistische Expansionsgründe waren maßgebend und ausschlaggebend und dahinter stand noch die Monarchenpolitik der Habsburger und Hohenzollern!

Es ist aktenmäßig festgelegt, daß es Österreich war, das mit seinem Ultimatum an Serbien die Kriegsfackel in die Welt warf. Es steht aktenmäßig fest, daß Österreich nur so handelte, weil Wilhelm und Molokov vor allem der sibirische Generalstab in Berlin hinter Österreich sich stellte und Österreich noch aufstachelte, statt es zu zähmen.

In der nach dem Attentat von Serajewo abgehaltenen Sitzung des österreichisch-ungarischen Ministerrats erklärte der Minister des Äußern, Graf Berchtold einen „diplomatischen Erfolg“ als ein friedliches Vorgehen gegenüber Serbien für zwecklos und sprach aus, daß eine radikale Lösung nur durch ein energisches Eingreifen möglich sei. Das bedeutete Krieg! Alle anwesenden Minister stimmten prinzipiell bei. Das Handschreiben, das Kaiser Franz Josef am 7. Juli 1914 Kaiser Wilhelm II. in Potsdam überreichen ließ, hatte die gleiche Tendenz: „Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinblick auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein.“ Das bedeutete Krieg!

Der deutsche Staatssekretär v. Jagow schrieb am 28. Juli 1914 an den den Krieg bekämpfenden deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, Deutschland könne und dürfe Österreich jetzt nicht in den Arm fallen, „seine Auseinandersetzung (der Krieg) mit Serbien sei seine letzte Möglichkeit politischer Rehabilitation, Österreichs Erhaltung sei aber für Deutschland eine Notwendigkeit“. Und Molokov telegraphierte dem österreichischen Generalstabchef Conrad am Abend des 30. Juli 1914: „Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhaltung des europäischen Krieges letztes Mittel.“ „Russische Mobilisation, durchhalten; Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben; gleich gegen Rußland mobilisieren!“

Herr Held sagte, es sei für das deutsche Volk ein „Verteidigungskrieg“ gewesen. War denn dieser Krieg die Sache des Volkes? Zu absoluter Unfreiheit verdammte, gezwungen, Gut und Blut bedingungs- und besinnungslos hinzugeben, kam erst sehr spät einer nach dem andern dazu, zu fragen: „Um was geht denn eigentlich der ganze Weltkriegswindel?“

Wußte das Volk 1914, was mit ihm gespielt wurde? Wußte es, wie ungleich der Kampf war, in den es hinein gehetzt und hineingelogen wurde? Wußte das Volk 1917, was es mit dem Unterseebootkrieg auf sich hatte, daß wir gar nicht so viele U-Boote hatten, als man dem Volke vor-schwandelte, daß man gar nicht so viel U-Boote baute, als man bauen konnte, um nach dem Kriege, nach den berühmten Worten des damaligen Marinestaatssekretärs — „keinen U-Bootkirchhof“ zu haben und den Seeoffizieren die „Karriere“ nicht zu verderben; Bauten der Hochseeflotte, statt U-Boot-Bauten zu schaffen? Wußte es, was es um die Politik mit Italien und Rumänien auf sich hatte, was der „neutrale“ Amerikas zum Kriege bedeutete? Wußte das Volk,

### Die Arbeitslosenfrage und ihre Forderung.

Die unheimlichste Entwicklung, die der Kapitalismus in Deutschland auslöst, ist die der Arbeitslosigkeit. Wir haben darüber in der letzten Nummer schon einige Aufsätze und Grundlagen veröffentlicht.

Es kann nicht so weitergehen.

Die Ursachen liegen in der hochkapitalistischen Entwicklung. Vertrustung, nationale und internationale Verkartellierung, Rationalisierungsprozeß, Fortschritt der Technik, das alles eingestellt in den einzigen Motor, der heute noch unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben treibt: Gewinn, Rente, Dividende, müssen diese Massenarbeitslosigkeit erzeugen und immer weiter fortführen. Folge davon ist nicht nur das heutige Elend dieser arbeitslosen Massen, sondern auch was damit als tiefere Wirkung verbunden ist. Das Malthus'sche Gesetz wirkt sich aus. Die Geburtenminderung folgt ganz zwangsläufig daraus. Ein Volk wird nur soviel Kinder gebären, als es ernähren kann. Damit aber kommt noch eine Folge, auf die P. Muckermann scharf hinweist: der biologische Niedergang unseres Volkes! Heute haben wir, so sagt Muckermann, auf Grund seiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit die Tatsache zu verzeichnen, daß gerade die geündesten Familien die wenigsten Kinder haben, die schwachen, kranken Familien die meisten. Unser deutsches Volk ist wie ein absterbender Baum, der nochmal seine letzten Früchte hinauspumpt. Die biolo-gische Degeneration unseres gesamten Volkes hat sichtbarlich eingesetzt!

Darum ist die Frage der Arbeitslosigkeit nicht nur eine soziale Frage, sie ist eine biologische, eine Frage der gesamten Moral und Volkskultur!

Es gilt, sie anzupacken mit allen Mitteln und Kräften.

Wir lesen über die neuerrichtende Filiale von Ford bei Köln. Dort, bei Ford, ist die Rationalisierung auf das Raffinierteste ausgebaut. Höchsteleistungen! Und damit aber kommt dies Fordsche System dazu, einmal Arbeitslöhne von 16 bis 24 Mark pro Tag in Aussicht zu stellen und die Fünftageweche einzuführen. Warum kann das Ford, inmitten von Deutschland? Höchste Produktivität, höchste Löhne mit geringstem Zeitaufwand und allergeringstem Nutzen ist sein Gesetz!

Es muß für die deutschen industriellen Verhältnisse zuerst bei dieser Arbeitslosigkeit das Unternehmertum, die Schwerindustrie zu anderer Einstellung gezwungen werden. Solange 2 Millionen Menschen keine Arbeit finden können, ist es ein Verbrechen, 20 Millionen im Tage 10 und 8 Stunden lange arbeiten zu lassen! Ford führt in Amerika die

Fünftageweche ein! Rußland hat die Fünftageweche eingeführt. Wir kommen den Tatsachen nahe, wo es sich erfüllen muß, was Sozialpolitiker früherer Zeit erklärten: Wenn die Arbeit rationalisiert wird, brauchen die Menschen nur noch 6 Stunden im Tage zu arbeiten. Heute sind wir so weit. Nur daß man die einen zwingt, 8 und 10 Stunden zu arbeiten, während die anderen überhaupt auf der Straße liegen.

Darum: Herunter mit der Arbeitszeit!

Man pfuschte im Reichstage an der Arbeitslosenversicherung herum. Den „Erfolg“ erleben jetzt die Arbeitslosen. Diese Politik ist bankrott! Der Reichstag befaßt sich mit Reparationsfragen, die preußische Regierung mit der Frage der Erweiterung der Koalition! Die bayerische Regierung scheint überhaupt zu schlafen und läßt alle Zügel am Boden schleifen. Die große SPD aber bleibt moralisch-geistig taub und träge. Keine Initiative mehr. Ganz subalterne Politik, die überall getrieben wird, während uns das Wasser am Halse steht.

Nur ein Wettern und staatspolitisches Wettrüsten gegen die „Kommunisten“, die gewiß heute keine „Revolution“ machen, weil sie keine machen können, die aber die Arbeitslosen aufrufen und demonstrieren. Warum solche uferlose, nichtssagende an der Not vorbeigehende Politik?

Warum nicht endlich ein scharfes Gesetz für die geregelte Arbeitszeit? Warum kein Antrag im Reichstag, die Arbeitszeit mal vorläufig auf 7 Stunden in der Industrie festzulegen und strenge, radikale Durchsetzung eines solchen Gesetzes?

Wo bleibt hier die „deutsche Arbeiterpartei“, die SPD?

Und wo bleiben die großen wirtschaftlich-sozialen Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften? Ist es nicht eine geradezu beschämende Sterilität und Unfruchtbarkeit, daß diese großen Vertretungen großer Massen deutscher Arbeiter in dieser ungeheuer wichtigen, brennenden Lebensfrage der deutschen Arbeiterschaft in voller Unfruchtbarkeit bleiben?

Unsere Freunde im Reiche müssen arbeiten, arbeiten, wählen, in den Gewerkschaftsversammlungen, in den Versammlungen der SPD, etc., damit diese oben endlich gezwungen werden, hiezu Stellung zu nehmen und die Forderung des Siebenstundentages energisch zu erheben. Wenn die heutigen Führer in ihrer Unfruchtbarkeit und Sterilität verharren, müssen sie von den Massen unten zur Praxis der Arbeit gezwungen werden!

daß es wiederholt den Frieden hätte haben können, einen anderen Frieden, als den „Schandfrieden“ von Versailles, wenn die herrschende Schichte Eroberungsziele aufgegeben hätte, an denen man bis fast zum Zusammenbruch kramphäft und verbrecherisch festhielt? Wurde das deutsche Volk gefragt, welche Folge für dieses Volk der „Schandfriede“ von Brest-Litowsk haben mußte?

Dr. Held sagte dann, er kenne nur einen zweiten solchen Schandfrieden in der Weltgeschichte, jenen zwischen Rom und Karthago! Er hat einen vergessen, der der berühmte Vorgänger dieses Versailler Vertrags war, der Schandfriede von Brest-Litowsk, mit dem wir der Entente den Schandfrieden von Versailles vorgemacht haben! Vielleicht weiß Dr. Held etwas von Schuld und Sühne und vom Gesetze der Gerechtigkeit und Reparation aller Schuld im geschichtlichen Geschehen der Völker nach Gottes ewiger Weltordnung und erinnert er sich, daß auch unser Volk von solcher göttlichen Weltregierung nicht ausgeschlossen ist und daß es nichts Furchtbarereres geben kann, auch für ein Volk, in elende Heuchelei zu verfallen und die eigenen Sünden und Schulden nicht zu sehen?

Dr. Held stellt ebenso falsch den Ruhrbruch dar. Er sagte, dieser Einbruch sei gekommen, weil den Feinden die deutschen Zahlungen nicht genügen. Ein christlicher Staatsmann sollte über jene Periode etwas ganz anders denken, wenn er die geschichtliche Wahrheit sprechen läßt! Nicht weil die Zahlungen dem Feinde nicht genügen, sondern weil die deutsche Schwerindustrie und die durch den Krieg schwer reich gewordenen Schichten nichts zahlen wollten, kein Opfer auf den Altar des Volkes legen wollten. Ich erinnere mich eines Augenblicks wo der Reichskanzler Dr.

Wirth damals aus einer Sitzung des Reichskabinetts mit den Führern der deutschen Großindustrie kam und zu mir sagte: „Diese ... wollen nicht einen Pfennig geben für die Freiheit des deutschen Volkes!“ Da hat man alles auf eine Karte gesetzt. Da hat man sogar „Versackungspolitik“ treiben wollen, da hat man den Ruhrreinmarsch gehen lassen; „Laßt sie kommen!“ Da hat man das deutsche Volk in die schauerliche Inflation, in den furchtbarsten Diebstahl der ganzen Weltgeschichte, hineingejagt. Da hat man 24 Milliarden deutschen Volkvermögens kaputtgeschlagen unter der Regierung Cuno und hat dann de- und wehmütig sich doch an den Verhandlungstisch gesetzt und Cuno noch reichlich mit Pension versorgt, der Ruhrindustrie unter Stinnes noch 700 Millionen in den Schoß geworfen, die ohnedies an den Lieferungen glänzend verdient hatte — diese Wahrheiten hätte Dr. Held den Leuten in Regensburg sagen sollen. Denn diese sind geschichtliche Wahrheit!

Dr. Held spricht weiter davon, wie der Friedensvertrag das deutsche Volk ausraube und seine „Seele knechte“. Wir wissen um die jährlichen Reparationszahlungen an die amerikanische Hochfinanz. Ganz bestimmt! Aber wir kennen noch ganz andere „Räuber“ am armen deutschen Volke, und die sitzen nicht nur in Paris und London oder Washington!

#### AUS DEM INHALT:

Wer ist denn der Feind? — Schutzsölle oder niedrige Preise? — Die indirekten Steuern — Geschäft! — Löhne und Stücklöhne — Dr. Schacht und die Sozialdemokratie — Das Rindhoermonopol — Die Partei der Versorgten — Christliche Gewerkschaften und Einheitsgewerkschaft — Eine andere Sprache — Aus der Bewegung.

# Wochenschau.

Nachdem von den amtlichen Stellen seit Wochen eine Erhöhung der Eisenbahntarife dementiert wurde, scheinen sie nun endlich zu kommen. Die belgische Zeitung „Soleil“ schreibt, daß endgültig am 1. April eine Erhöhung der Tarife auf der deutschen Reichsbahn vorgenommen würde, da alle Widerstände im Haag überwunden worden seien. — Und das Volk wird sie zahlen müssen.

Der Vizekanzler a. D. v. Payer ist neben Sohn und Tochter aus der demokratischen Partei ausgetreten, weil er nicht aus Gründen der Taktik, sondern der politischen Reinheit Württembergs, den Kompromiß seiner Parteifreunde in Württemberg nicht mitmachen könnte. — Ein achtzigjähriger Demokrat, der manchem 30-jährigen als Vorbild dienen könnte.

In Solingen wurde der kommunistische Stadtverordnete Weber mit Hilfe der Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister für Groß-Solingen gewählt. Er wurde jedoch von der preussischen Regierung nicht bestätigt.

Der Generaldirektor der deutschen Ford-Gesellschaft, die demnächst in Köln eine große Autofabrik errichten wird, hat einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gegenüber geäußert, daß auch in der neuen Fabrik die 5-tägige Arbeitswoche eingeführt würde und der Mindestlohn 16 Mk. steigend bis 24 Mk. betragen solle.

Auf dem Pfälzerhaus in Weimar wehte während der Tagung des Landtages bisher stets die Reichsfahge und weiße Flagge Thüringens. Der neue Landtagspräsident von Thüringen, Nebdonitz, von der Landbundpartei, hat Anweisung gegeben, beide Flaggen herunterzuholen. Der Polizeiminister Frick vom Hakenkreuz wird wohl nichts gegen diese Maßnahme einzuwenden haben, und bald werden Hakenkreuz am Pfälzerhaus auf dem hohen Hause wehen.

Thomas Mann hat von seinem Nobelpreis dem Schutzverband deutscher Schriftsteller 20 000 Mark gestiftet.

Die Kölner Zollbehörde hat 50 000 Kilo Tabak vernichtet. Über diese skrupellose Maßnahme des Bürokratismus hat sich der Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt.

Die demokratische Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag die Regierung zur beschleunigten Durchführung des Republikenschutzgesetzes auf.

Berlin. Oberbürgermeister 1898 will zurücktreten, wenn ihm die gesetzliche Pension von 25 000 Mk. zugesichert wird.

Die Pfälzer Bayern wünschen ein Verbot des Faschingstreibens. — Sehr gut!

In Preußen ist die große Koalition durch Einbezug der Deutschen Volkspartei in die Regierung auf dem Marsche. Die SPD. fordert in diesem Falle die Besetzung des Kultusministeriums.

Der nationalsozialistische Abgd. Strasser wurde wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Ethnologengesetz ist von dem Haushaltsausschuß des Reichstages mit geringen Veränderungen angenommen worden.

In dem Prozeß „Rote Fahne“—Polizeipräsident Zörgiebel wurde der Redakteur der Roten Fahne, der den Polizeipräsidenten in einem Artikel Massenmörder genannt hatte, zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die christlichen Gewerkschaften Süddeutschlands haben auf einer Tagung in Karlsruhe den Zusammenschluß von Württemberg und Baden gefordert.

Die bürgerlichen Parteien der Regierung haben den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt, gegen Schacht vorzugehen und eine Änderung des Reichsbankstatuts vorzunehmen.

In Berlin ist man einer großen Banknotenflutherabnahme auf die Spur gekommen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Herstellung von falschen Einhundert-Dollarscheinen.



Der spanische Finanzminister Calvo Sotelo ist gegangen worden, da er als Hauptverantwortlicher der jetzigen Währungskrise nicht genügend entgegengearbeitet hatte. — In Deutschland hätte er weiter inflationieren dürfen.

Der japanische Reichstag hat sich aufgelöst, weil er keine Mehrheit bilden konnte. Zu den Neuwahlen erklärte der geheime Rat, daß nur solche Parteien zugelassen werden könnten, die auf dem Boden der Verfassung und treu zur Monarchie ständen. — Damit ist den Sozialisten und Kommunisten die Wahlmöglichkeit einfach genommen.

Auf den spanischen Universitäten Maraca, Salamanca und Madrid sind die Studenten in den Streik getreten, weil die Regierung angeblich beabsichtige, die Studentenvereinigungen aufzulösen. Die Regierung hat die Universitäten durch Polizei besetzen lassen. Auf einem medizinischen Institut wurde eine rote Flagge gehißt.

Der polnische Heeresetat ist von 650 Millionen Zloty im vorigen Jahre auf 827 Millionen Zloty für 1926 gestiegen.

In Indien wurden zwölf Führer der Unabhängigkeitsbewegung wegen Aufwiegelung und Verschwörung zu je einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt.

Nach Meldung der „Kurier Ilustrowany“ soll Rußland bereit sein, einige Landstriche an Polen abzutreten u. a. das Gebiet von Minsk. Dafür soll Polen die 20 Millionen Goldrubel strafen, die Rußland auf Grund des Rigaer Friedensvertrages Polen schuldet.

Bei einer Artillerieübung auf dem spanischen Schießplatz in Segobia explodierte eine Granate, wodurch ein Hauptmann getötet und ein Leutnant schwer verletzt wurde.

Der österreichische Minister Schunay ist wieder in die Reichswehr eingetreten und hat damit die Bildung eigener Bauernwehren unterbunden und verhindert. — Was wollen eigentlich all diese Wehren und Schutzbände verteidigen und beschützen?

Die französische Sozialisten haben sich mit 1066 gegen 1597 Stimmen gegen eine Beteiligung an der Regierung ausgesprochen.

Primo de Rivera hat eine Rundfrage im spanischen Heere erlassen, wonach er wissen will, ob er das Vertrauen des Heeres noch hat oder nicht. In letzterem Falle will er mit dem ganzen Kabinett zurücktreten.

In den nordalbanischen Provinzen ist ein Aufstand ausgebrochen, der sich gegen das bestehende Regime Achmed Zogus richtet.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Rußland sind abgebrochen worden. — Ein Sieg der amerikanischen Politik in Mexiko.

An der Küste Südamerikas lief der deutsche Dampfer „Monte Cervantes“ auf ein Riff und sank. 1100 Passagiere und die 300 Mann Besatzung konnten gerettet werden, der Kapitän ging mit seinem Schiffe unter, obschon auch er sich hätte in Sicherheit bringen können.

Die englische Admiralität hat die drei britischen Staatswerften in Auftrag gegeben zwei 16 000-Tonnen-Kreuzer wieder abzustellen. — Will man wirklich mit der Abrüstung ernstmachen?

Die sitzen mitten im deutschen Volke! Die Knechtung der deutschen Seele aber erfolgt von ganz anders her. Da sehen man sich — zugleich beim Jammern um die gesunkene Moral, das Dr. Held anstimmt —, einmal die ganzen Zustände bei uns an! Woher denn diese allgemeine Stille? Woher denn die Verfolgung, Verleumdung all jener, die einmal tabula rasa machen wollen mit dem Schwindel von heute? Woher denn diese gesunkene Moral im Volke? Kommt diese von ungefähr? Kommt diese etwa vom „Versailler Vertrag“? Kommt diese etwa von den Freidenkern und ihrer Propaganda? Ehezerüttungen, Geburtenproblem, der furchtbare Materialismus, die geistige Trostlosigkeit in den breiten Massen, die jeden Halt und jedes Vertrauen verloren haben? Der Stumpfsein, die Vermenschung aller Grundsätze, die Gleichgültigkeit und Wurstigkeit, das Töllen und Drollen, der ganze Untergang? Kennt Herr Held keinen Kapitalismus? Kennt er keine Not von 2 1/2 Millionen Erwerbslosen in letzter Verzweiflung? Kennt er nicht den Tiefstand eines großen Teils unserer Presse, gerade auch im Lande Bayern? Weiß er nichts von dem Doppelspiel, der doppelten Moral im persönlichen und öffentlichen Leben? Daß man mit den zehn Geboten Gottes heute auch seitens sog. christlicher Politiker nichts mehr anzufangen weiß? Daß von oben herab dem Volke der breiten Masse das aller schlechteste Beispiel gegeben wird? Daß man brutal alle Bestrebungen, Menschen, Einrichtungen, die Neuaufartung des Volkes von innen heraus bedeuten würden, Jugendbewegung, Lebensreform, Vertiefung von innen und unten, immer ganz brutal niedertrampelt seitens der alten Macht, der Parteimacht, der Staatsmacht, der Pressemacht? Weiß er, woher die Korruption in der Moral des Volkes kommt, die ein schlechtes Beispiel findet in der Korruption der Moral in der Politik, in der heutigen Parteimittelwirtschaft, in der heutigen Klassenjustiz, in der heutigen gesamten Erziehung unseres Volkes? Und ist hier nicht gerade Bayern „mustergültig“ im alten Trost? —

Die Rede Dr. Helds hat unsern schaffenden, nach wirklicher Umstellung, nach dem neuen Morgen ringenden Volke nur das eine gezeigt: Diese alten Politiker können gar keine geistige Umstellung, können gar kein Metanoeite vornehmen! Sie können gar keine Wege gehen und Wege zeigen, die

herausführen aus dem alten Trost. Sie stehen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, die längst der Flut überantwortet ist.

Wir setzen nur drei Tatsachen hierher, die mehr bezeugen als dicke Bücher und große politische Reden, Tatsachen, die einer der bedeutendsten Forscher auf diesem Gebiete zusammengestellt hat: 1. Rußland hat im Jahre 3 Millionen Menschen zuzuwachs, 2. Polen hat im Jahre eine halbe Million Menschen zuzuwachs, 3. Deutschland hat im Jahre eine halbe Million Menschenabnahme! Polen nimmt im Jahre soviel zu, wie Deutschland abnimmt. Rußland wächst im Jahre um das Sechsfache dessen, was der Westen abnimmt. Und in 30, 50 Jahren, Herr Dr. Held? Was ist da aus dem Westen, was ist da aus Deutschland oder was ist da aus der „Großmacht“ Bayern und seiner hinterwäldlerischen Politik mit dem Kineturmblick geworden? — Staatsmänner müßten das sehen, wenn sie wirkliche Staatsmänner, wirkliche Volkführer sind! Und sie müßten daraus die Folgerungen ziehen! Außenpolitisch sowohl, wie innenpolitisch.

Außenpolitisch, daß die gesamten Völker Europas etwas anderes zu tun haben, als sich um Reparationen und Versailler Verträge und Kriegsschuld sich zu streiten, oder sich die Lebensader zu durchschneiden durch Zollestrafen etc., sondern zu erkennen, daß es eine Lebensgemeinschaft ist, die zur Solidarität zwingt, wenn nicht der Untergang des gesamten Westens besiegelt werden soll.

In der Innenpolitik! Daß es nun höchste Zeit ist, dem Volke von 65 Millionen Arbeit, Brot und Gerechtigkeit zu geben, aufzuräumen mit einer ganzen Staats- und Wirtschaftsordnung, welche gegen das Volk und gegen die Moral und gegen die Sittlichkeit, gegen den Aufbau und gegen den weiteren Untergang sich richtet!

Die CSRP. hat diese Erkenntnis schon seit Beginn ihres Daseins, und sie kämpft auf grundsätzlichen anderen Felde, grundsätzlich anderer Front, als Dr. Held. Nicht in der Front derer von 1914 und 1918, sondern in der Front der Ringenden, Suchenden, der Kommenden, nicht in der Front von gestern, oder vom Mittelalter, oder von Bismarck, sondern in der Front von morgen und der Zukunft!

V. H.

## Einiges aus dem Nachtragsetat.

Die Reichswehr fordert (wenn hätte die mal nichts zu fordern?) einen Zuschuß von 757 000 Mark und zwar zur Deckung von Kassenfehlbüchern. Seit 1924 sind bei der Verwaltung der Reichswehr ganz erhebliche Unterschlagungen vorgekommen, die man stets geheim gehalten hat. So hat der Obersekretär Maria alleia beim Heereswirtschaftsamt und Rechnungsamt eine halbe Million unterschlagen. Ein Obersekretär Rötig 125 000 Mark, beim Heereswirtschaftsamt Stolp wurden 33 000 Mark veruntreut und bei verschiedenen anderen Heeresstellen (tönen noch insgesamt 110 000 Mark. — Bei diesen Beträgen, befinden sich also nicht die Summen, die d. Reichswehr durch die Lohmann-Geschäfte und ähnliche Schleichungen verloren hat.

Diese Forderungen der Heeresverwaltung sind noch als sehr bescheiden zu bezeichnen, gegenüber denen der Reichsmarine, die eine Nachforderung von 3,3 Millionen Mark stellt. — Vielleicht ist dieser Betrag für die Panzerkreuzersparkasse bestimmt?

Im Reichsverkehrsministerium werden zunächst für — und jetzt achte man auf die mehr als interessante Formulierung! — die wirtschaftliche Umstellung der Luftfahrtindustrie und zur Förderung Luftverkehrs auf außereuropäischen Strecken nur elf Millionen nachgefordert. Was nützen uns alle Sparkommissare und Versprechungen, wenn die Verkehrsminister, alle die „billigen Ausgaben zu sparen, wie das bei der Luftfahrt zu 60 Proz. geschehen sollte, wenn dann auf die W... dem Steuerzahler nachträglich die „gesparten“ Millionen wieder aus der Tasche gezogen werden. So schwindelt man dem Volke „Sparsamkeit“ vor.

Für das Hugenberg'sche „Freiheitsgesetz“ fordert der Innenminister insgesamt 3,1 Millionen Mark an. Für die ausgewanderten „deutschtümmligen“ Bauern aus Rußland werden 6 Millionen gefordert. Soll der Steuerzahler wirklich für den Eigennutz und die Selbstsucht dieser Bauern und für die Profitaucht der Hapag-Gesellschaft bluten? Warum gib' man diese Millionen nicht zur Ansiedlung von deutscheingesessenen Kleinbauern her, damit diese eine eigene Wirtschaftstelle und damit Existenz bekommen!

## Ein weißer Rabe.

Wie die „Menschheit“ schreibt, hat Robert Schmidt, Sozialdemokrat und derzeitiger Reichswirtschaftsminister, es abgelehnt, die luxuriöse Minister-Dienstwohnung zu beziehen und wird in seiner bescheidenen Drei-Zimmer-Wohnung bleiben.

Wir singen gerne dieses Lied der Anerkennung dem braven Manne, der es gewagt hat, diesem ganzen kapitalistischen Versorgungssystem (nicht anders kann man es nennen), nicht zu gehorchen. Es ist nur eine Kleinigkeit, vielleicht ein Akt der Bescheidenheit oder auch der Überzeugung, die sich sagt, wenn ich mich in die gemütlichen Gemächer meiner Dienstwohnung mit ihren verführerischen Polstern niederlasse, dann kann es mir passieren, zu vergessen, warum ich das alles bekommen habe. Aber dieser Akt wiegt mehr und schwerer als die größte staatspolitische Rede.

Wir gönnen jedem Menschen, auch Minister, eine anständige Wohnung, wenn nötig auch mehr wie drei Zimmer, aber es muß einmal Schluss gemacht werden mit jenem verruchten System, daß man den Führern des Volkes — mehr als notwendiges Gehalt und dazu eine mehr als zuträgliche Wohnung gibt, bloß um sie yorgessen zu lassen,

daß sie die Vertreter der Ausgebeuteten und Entrechteten sind.

Wir wünschen nichts aufrichtiger, als daß das Beispiel von Robert Schmidt besonders bei seinen Genossen Ministern, Oberpräsidenten, Oberbürgermeistern usw. — Schule macht, vielleicht beginnt dann das Volk gerade zu diesen einfachen „Taten“ seiner „Wählten wieder an sich selbst und seine Zukunft zu glauben.

## Deutsche China-Offiziere.

Einem Briefe an die „Vossische Zeitung“ entnehmen wir Folgendes:

„Man wird vielleicht erhaben gelächelt haben als man die sog. „Wahrung an Deutschland“ von Seiten eines chinesischen Linkspolitikers las. Doch man sollte sie ernster nehmen. Es handelt sich hier nicht um eine Handvoll ehemaliger deutscher Offiziere, die aus Abenteuerlust und Habgier nach China gegangen sind, um wie Schnitzisenverkäufer auf der Straße bei den angeblich nationalistischen chinesischen Generalen ihre Hilfe und ihren Rat anzubieten. ...

Wir sollten endlich die Kriegslieferungen nach China vollständig unterbinden und auch dafür Sorge tragen, daß von unserer Regierung etwas gegen solche Persönlichkeiten vorgegangen wird, die eh in den Kriegsdienst ein chinesisches Bürgerkrieges stellen. ...

Auch die englische und amerikanische Presse bejauchet diese deutsche Einmischung nicht gerade mit Wohlwollen, und es ist wohl auch verständlich, wenn man von der gleichen Seite fragte, wo die Tausende und Abertausende von deutschen Infanteriegewehren und Mauser-Armeepistolen herkommen“.

## Nicht nur in München.

Im Münchener Stadtrat hatten die Nationalsozialisten den begründeten Antrag eingebracht, angesichts der allgemeinen Not in allen Ständen der Bevölkerung und in Anbetracht des falschen Eindruckes aufs Ausland, das öffentliche Faschingstreiben und die Abhaltung eines Faschingszuges zu verbieten. Diesen Antrag hat in dem katholischen München mit seiner katholischen Stadtratsmehrheit, dieser Stadtrat in geheimer Sitzung abgelehnt.

Dasselbe Schicksal würden in allen anderen deutschen Städten derartige und ähnliche Anträge teilen. Das deutsche Volk tanzt, trinkt und rauscht sich Hoher zu Tode, als daß es sich um seiner eigenen Rettung willen, mal ein kleines Opfer auferlegte.

Daß dieses Faschingstreiben gerade in den Städten am tollsten herrscht, wo die meisten, größten und schönsten Kirchen stehen, und die mächtigsten Bischöfe wohnen, gibt auch Anlaß zu denken. Das Faschingsleben mit seinem Sich-ausleben, Sich-aus-oben, mit seinem Auswüthen, mit seiner Sittenlosigkeit und Unmoral hat nichts mehr mit den alten Volksgebräuchen und Sitten zu tun, sondern ist nichts anderes als ein Taumeln dem Abgrund zu.

Heerl Barbusee sagt mit Recht: „Wenn nur das Volk erst begreifen wollte, daß es nichts weiter ist als eine Herde Gefangener, die durch Feste und Aufzüge geblendet wird, damit man sie nachher besser täuschen und bestrafen kann, dafür, daß sie Volk ist!“

## Alkoholverbrauch in Deutschland:

1926/27 4,2 Milliarden Mark, in jeder Minute ein Verbrauch von 8000 Mark, soviel wie ein Siedlungshaus für eine Familie kostet

# Wer ist denn der Feind?

Immer wieder müssen wir auf eine ganz fundamentale Tatsache hinweisen: Seit Jahrzehnten bekämpft man mit aller Macht und allen Mitteln den „Sozialismus“, aber man läßt den Kapitalismus laufen und zwar gerade auch auf seiten jener, die erste Ursache und Pflicht hätten, alle Kampffronten und Machtmittel gegen den Kapitalismus zu richten.

So lesen wir im „Arbeiter“, dem Organ der bayerischen katholischen Arbeiter:

„Es ist sicher keine leere Behauptung, wenn wir sagen, daß ohne die katholischen Arbeitervereine die rote Flut um ein bedeutendes höherginge und so manchen bürgerlichen Damm restlos zerstört hätte!“

Arbeiter, überlegt mal, was in diesem Satze allein steckt!

Zunächst, was ist denn das realpolitisch: „bürgerlicher Damm“? Bürger und Arbeiter, oder Bürger und Proletariat? Was ist das: „Bürger“? Ist das der Kapitalist? Ist das der Nationalsozialist? Wir können mit diesem Begriff heute gar nichts mehr anfangen, heute, wo die Fronten sich immer schärfer klären: Ausbeuter und Ausgebeutete! Wenn man unter bürgerlichen Dämmen die heutige kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung versteht, dann hätten die Arbeitervereine der Arbeiterschaft selber, dem Proletariat, den größten Bärendienst geleistet, denn dann hätten sie die Front der Ausbeutung gestärkt durch die Mitarbeit der Arbeiter und ihrer Führer selber!

Uns interessiert nur jene Grundeinstellung, die immer im Sozialismus den Feind der christlichen Arbeiter sieht, nicht aber im Kapitalismus.

Schon zur Zeit der ersten Gewerkschaftsbildung hielt Giesberts jenen Leuten vor: Warum schreibt ihr keine Bücher gegen den Kapitalismus, gegen die Ausbeutung, über „Kapitalismus und Kirche, Ausbeutung und Kirche“? —

Ja, warum? Die Flut der Schriften, wissenschaftlichen Werke gegen den Sozialismus ist riesig. Riesig sind die Anstrengungen, Kämpfe im Laufe aller Jahre gegen den Sozialismus. Aber wo sind die Bücher, Millionenschriften, Flugblätter, und wo ist die jahrzehntelange Anstrengung gegen den — Kapitalismus? Wo, bitte? Und warum diese furchtbare Tatsache?

Wer ist Wirklichkeit, der Kapitalismus oder der Sozialismus?

Was heißt Kapitalismus und was heißt Sozialismus?

Kapitalismus ist nicht: Das Kapital! Kapitalismus ist die Herrschaft des Geldes über Arbeit und Menschen, die Herrschaft des Besitzes über Arbeit und Menschen. Und Sozialismus ist die Wirtschaft für den Menschen! Dieser Sozialismus ist noch nirgends Wirklichkeit. Er existiert noch gar nicht. Er ist die Sehnsucht der unterdrückten Massen! Er muß erst erkämpft, erarbeitet werden.

Aber die furchtbare Tatsache des Kapitalismus ist da, sie ist Wirklichkeit!

Der Sozialismus ist eine Aufgabe, eine Frage, eine Zukunft. Vor allem auch eine Frage an die Christen. Er ist der Schrei der Unterdrückten, der Schrei der Unterdrückten, er ist der Schrei nach Gerechtigkeit!

Zuwas also der Kampf „gegen den Sozialismus“? Denen, die das tun, die meinen, man müsse mehr gegen den Sozialismus kämpfen als gegen den Kapitalismus, können die Sozialisten mit Ketteln zureufen: „Was helfen uns eure guten Lehren und eure Verträge auf eine andere Welt, wenn ihr mich in dieser Welt mit Weib und Kinder in Hunger und Not darben laßt!“ (Bischof Ketteler.) Darum lassen wir das Schreiben und Reden gegen den „Sozialismus“. Der Sozialismus, d. h. die Sozialdemokratie (Sozialdemokratie ist nicht der Sozialismus) hat wenigstens eines getan: Die Gewissen wacherüttelt. Ohne sie gäbe es wahrscheinlich nicht einmal christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine, die doch damals nur aus Opposition zu den Sozialdemokraten gebildet worden sind. Man soll zuerst einmal auf christlicher Seite den Kampf für die Gerechtigkeit und für die Arbeiterschaft kämpfen!

Es ist eine ganz trostlose und furchtbare Erscheinung, gerade immer den christlichen Arbeitern den Wauwau des Sozialismus hinzustellen, also ob da die Gefahr läge. Die Gefahr, der Feind, das Übel liegt doch wo ganz anders, nämlich dort, wo die gemeinsame Not und die gemeinsame Ursache der Not für christliche Arbeiter, wie für Sozialisten liegt, beim Kapitalismus! Sollen denn die christlichen Arbeiter dazu da sein, den Sturmbock gegen den Sozialismus zu machen, damit der Kapitalismus immer unverschlämter die Ausbeutung betreiben kann? Will man damit dieser Arbeiterschaft vollends das Rückgrat brechen und sie unfähig zu jedem Kampf machen? Sollen sie hartherzig verdammt bleiben, die Ausgebeuteten zu sein und zu bleiben, sie und ihre Kinder und Kindeskinde, weil sie christlich sind? Ein ganz furchtbarer Gedanke!

Warum also immer den Kampf gegen den Sozialismus, der bestimmt, auch wenn er Irrwege geht, die Massen nicht ausbeutet und nicht knebelt, auch wenn er falsch wäre, und warum nicht ein Zehntel dieser Kraft im Kampfe aufgebracht gegen den eigentlichen Feind, gegen den Kapitalismus?

Sollen die christlichen Arbeiter dem Kapitalismus die Steigbügel halten?

Sollen die christlichen Arbeiter Streikbrecher sein im großen Befreiungskampfe des gesamten Proletariats? Sollen sie die Befreiung ihrer Millionen Brüder und ihre eigene Befreiung und die Befreiung der Menschheit sabotieren?

Warum kein entschiedener, energischer Kampf gegen den Allvernichteten Kapitalismus? Er zerstört doch heute die Gesellschaft! Er zerstört doch heute die Familie. Er zerstört doch heute die Sittlichkeit und Religion! Er ist doch der

leibgewordene Materialismus, der tatsächliche Fürst dieser Welt, der lebende Antichrist, der gesamte Inhalt und Ausdruck des ganzen Neuheidentums!

Warum setzt man die katholischen Arbeitervereine nicht ein, um die Macht und Sturmweite des internationalen wie nationalen Kapitalismus zu brechen? Warum führt man die Arbeiter im christlichen Lager immer in der Front der Ausbeuter, statt in die gemeinsame Bruderfront aller Ausgebeuteten? Soll das Sinn und Bedeutung des Wesens „christlich“ sein? Nein, das ist es nicht, im Gegenteil. Das tiefste Wesen dessen, was christlich ist und heißt: Gerechtigkeit und Liebe verlangen etwas ganz anders heute? Wenn die katholischen Arbeitervereine nur die „rote Flut“ aufhielten, aber nicht den Kampf aufnehmen gegen jene unheimliche Macht, die heute alles versklavt, unterdrückt und alle sittlichen Werte vernichtet — dann wäre das ein sehr trauriges und sehr schlechtes Zeugnis ihrer Tätigkeit und ihrer Daseinsberechtigung! Und wenn man im vorigen Jahrhundert diese falsche Frontrichtung einnahm, unsere heutige Zeit, die ihre Wellen über alles zusammenschlagen läßt, verlangt und gebietet dann doch wenigstens einen Frontwechsel und eine andere

## Schutzzölle oder niedrige Preise?

Die ganze Wirtschafts- samt Finanzpolitik in Deutschland zäumt den Gaul am Schwanz auf. Wir müßten jetzt möglichst Waren exportieren, müßten die Lebenshaltungskosten herabsetzen, die Preise verbilligen, die Kaufkraft in den unteren Massen stärken.

Statt dessen rationalisiert man den Produktionsapparat mit Auslandsdarlehen, erhöht die Preise trotz verbilligter Produktion, erhöht die Tarife der Bahn etc., vernichtet weiter die Kaufkraft der Massen und errichtet noch obendrein immer höhere Zollmauern! Die ganz natürliche Folge muß sein, daß der Markt im Innern noch flauer wird, daß die Absatzkrise stärker einsetzt, daß die Ausfuhr erschwert wird durch die hohen Preise, und daß die Länder mit niedrigen Preisen nicht nur auf dem Weltmarkte, sondern besonders auch in Deutschland immer stärkere Konkurrenz ausüben können! Mit den Schutzzöllen hält man keine Auslandskonkurrenz fern, sondern im Gegenteil, man macht damit die Inlandsproduktion, sowohl die landwirtschaftliche als die industrielle noch konkurrenzunfähiger gegenüber der Produktion in Ländern mit niedrigen Preisen und billigerer Lebenshaltung.

Es ist der größte volkswirtschaftliche Unsinn und der größte volkswirtschaftliche Schwindel, den die Führer der „Grünen Front“ z. B. den deutschen Bauern vormachen, wenn sie ihnen sagen, daß mit höchsten Zöllen der Absatz in Deutschland für Getreide und Landwirtschaftsartikel größer würde oder bessere Preise hereinkämen.

Sehr klar und wissenschaftlich unwiderleglich zeichnet Professor Dr. Bonn diese Sache, indem er erklärt:

„Die heutige Schutzzollpolitik ist eine Verhöhnung des Rationalisierungsgedankens; sie steigert die Preise für den ganzen Unternehmerrzweig. Niedrige Preise hemmen die fremde Einfuhr mehr als Schutzollmaßnahmen; niedrige Kosten fördern die Ausfuhr mehr als Handelsstarife.“

Darum dürfte es in Deutschland nicht heißen: „Hinauf mit den Preisen, darum Schutzzölle her!“; sondern: herunter mit den Lasten, damit wir billiger produzieren können und damit wir ebenso liefern können wie andere Produktionsländer des Weltmarktes!

Herunter mit den Steuerlasten, das ist erste Fundamentalbedingung. Dann aber oben angefangen mit der Sparsamkeit! Herunter mit den Gehältern der Reichskanzler, Minister, Generale, Botschafter, Staatssekretäre, Ministerialräte usw. Herunter mit den Großpensionen der alten Admirale und Generale. Weg mit allen Doppelpensionen und Doppelseinkommen aus Staats-Steuergeldern! Weg mit Zuschüssen für „Heimatsdienst“, Panzerkreuzer, Geheimfonds usw.

Dann herunter mit den Riesengehältern des Verwaltungsrates der Reichsbahn, weg mit den Korruptionsgeldern bei der Bahn, den „Leistungszulagen“, weg mit den Extrazulagen der Reichsbahnpräsidenten etc. Weg mit den überflüssigen Stellen in den obersten Verwaltungskörpern, die heute so überflüssig sind wie ...! Und dann Herabsetzung der Tarife für Fracht und Post, Telefon und Telegraf.

Und nicht zuletzt: Herab mit dem Zins! Ausfuhrverbot für deutsches Kapital! Zuchtthaus für Zinswucher über fünf Prozent! Vorerst einmal als Zwischenmaßnahme! Zwang zur Herabsetzung aller Dividenden über 6 Prozent! Staatlicher Druck auf Kunstdünger, Kohlen-, Stahl-, Eisenpreise! Zwang zum größten Umsatz mit geringstem Gewinn! Fallen die Zollmauern, so werden die Unternehmer von selber auch gezwungen, solche Wege anzubahnen!

## Die indirekten Steuern.

„Die indirekten Steuern sind das Mittel, die Steuerlast von den besitzenden Klassen auf die Schultern der Nichtbesitzenden abzuwälzen.“

Dieser Satz ist einer der berühmtesten und wohl auch richtigsten Sätze, die Lassalle niederschrieb.

Einer der richtigsten. Wir wissen heute, und diese Tatsache wird im Ernst gar nicht bestritten, daß 75 Prozent der heutigen Steuern von den nichtbesitzenden Klassen in Deutschland aufgebracht werden müssen. Ganz minimal fallen heute ins Gewicht die eigentlichen Vermögenssteuern, welche direkt die besitzenden Klassen treffen. Die Hauptsummen der heutigen Riesensteuerbeträge werden aus den breiten unteren Massen geholt, aus Massensteuern. Da ist

Entscheidung, verlangt wenigstens heute die ungeheure Not auf allen Gebieten ein Augenöffnen gegenüber den Zeichen der Zeit!

Und dem Artikel im „Arbeiter“ setzen wir die andere These gegenüber: „Es ist sicher keine leere Behauptung, wenn wir sagen, daß der roten Flut gegenüber die Macht des Kapitalismus ganz unheimlich angewachsen ist; daß die Ausbeutung immer furchtbarer wird, daß die Arbeitslosigkeit zunimmt, daß Wohnungsnot, Kinderelend, Menschenelend wie sittliche Verwahrlosung weitere Fortschritte gemacht haben, daß die Reichen noch reicher, die Millionäre noch zahlreicher, der Profit noch größer, der Luxus noch unaussehlicher, die ganze geistige und sittliche Verwirrung noch trostloser geworden ist, während auf der anderen Seite das Elend und die Not noch massenhafter in die Erscheinung tritt! Und wenn sich dagegen die katholischen Arbeitervereine nicht stemmen, weil ihre Führung wahrscheinlich die Aufgabe unserer Zeit nicht sieht, dann laden sie einen furchtbaren Vorwurf und eine noch furchtbarere Verantwortung auf sich: Mit schuld zu sein, daß die Millionen armer Menschen vom Kapitalismus derart ausgebeutet und vernichtet werden können, weil diese Arbeitermassen den energischen, zielklaren Kampf Hand in Hand mit der gesamten anderen Arbeiterschaft nicht aufgenommen haben!“

die Umsatzsteuer, dazu all die anderen indirekten Steuern und die Zölle. Alle diese indirekten Steuern drücken sich in den Preisen aus und sie müssen gezahlt werden von den Massen, welche diese Ware kaufen, die Produkte verbrauchen, auf denen diese Steuern liegen. Die ganze heutige Steuerpraxis ist dazu angetan, daß die meisten Steuern abgewälzt werden können und tatsächlich auch abgewälzt werden. Darüber ist in Kreisen, welche diese Dinge kennen, gar nicht mehr zu rechten. Es ist eine Tatsache.

Nun kommt aber hinzu, daß gerade heute, wo die SPD, vier Minister im Reichskabinett stellt, gerade die indirekten Steuern in einer Weise ausgebaut werden, wie das niemals der Fall war unter der alten kaiserlichen Regierung, wie das niemals der Fall war zu jener Zeit, da Lassalle jene Sätze aufstellte.

Damals hatte die Sozialdemokratie auch in dieser Erkenntnis in ihrem Erfurter Programm von 1891 den Satz stehen: „Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern“. Dieser Satz wurde schon 1922 aus dem Görlitzer Parteiprogramm gestrichen und im neuen Heidelberger Programm ist er zusammengeschrumpft zur nichtsagenden Forderung: „Stärkste Schonung des Massenverbrauchs!“

Und nun denke man, was heute die SPD, und ihre Minister an stärkster Belastung des Massenkonsums den Massen selber aufbürden: Erhöhung der Zölle bis zu höchsten Sätzen (ohne dabei den wirklichen Bauern damit geholfen zu haben), neue indirekte Steuern auf Tabak und Bier! Man komme hier nicht mit der Ausrede: Steuern auf solchen Dingen kann sich ja der einzelne, der Arbeiter, dadurch entziehen, indem er eben nicht mehr raucht und nicht mehr Bier trinkt. Ganz richtig, aber: Darauf rechnet der Steuerstaat und der Reichsfinanzminister und der Reichstag doch absolut nicht! Im Gegenteil: Sie rechnen auf das Gegenteil. Sie rechnen darauf, daß trotz erhöhter Bier- und Tabaksteuer das Bier getrunken, der Tabak geraucht wird, daß der Arbeiter deshalb eben mehr ausgibt als bisher und daß er der Frau um so viel weniger für den Haushalt nach Hause bringt! Solche Dinge besteuert der Staat nicht, damit sie nicht mehr gebraucht werden, sondern er besteuert sie eben deshalb, weil er weiß, daß sie trotz hoher Besteuerung gebraucht werden von den Massen! Zu wünschen wäre, daß der Mann die Steuer für Bier und Tabak am Verbrauch dieser Dinge für seine Person abzöge. Aber er tut das nicht. Er zieht den höheren Steuerbetrag vielmehr Frau und Kindern ab und diese Steuern sind Belastungen, die letzten Endes Frauen und Kinder belasten und sie um so mehr belasten, je stärker ein Haushalt ist, je mehr Kinder in einer Familie sind. Heute, im Zeitalter der Geburtenbeschränkung, legt man gerade jenen die größten Opfer und Lasten auf, die die größten Opfer und die größten Pflichten für sich leisten!

Und das soll noch sozial sein? Das soll noch irgendetwas mit dem Sozialismus zu tun haben?

Es ist aber nicht nur den Sozialdemokraten das zu sagen, die derart ihren Sozialismus verschandeln, sondern auch den christlichen Parteien und Vertretern! Denen müßte es noch viel tiefere, sittlichere, religiöse Pflicht sein, solche Belastungen mit allen Kräften zu verhindern!

## Geschäft!

Nach dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ ist im „Café de Paris“ folgendes erschienen:

„Die Krupp-Werke werden in Frankreich vertreten durch die ‚Technique Internationale‘, deren Agentur sich in Paris, 2 Square Trudaine, befindet. Diese hat ihren Kunden ohne Abreißkalender zugestellt in Rot und Gold, eine strahlende Sonne darstellend. Wenn man sich die einzelnen Blätter genauer ansieht, findet man folgende Gedenktage, die wir wörtlich wiedergehen:

13. Januar 1920. — Rührender Empfang der neugewählten elsäß-lothringischen Senatoren im Senat.

12. Februar 1853. — Der Marschall Joffre, der unsterbliche Sieger der Marne, in Rivesaltes geboren.

21. Februar 1916. — Beginn des großen Sturms der Deutschen auf Verdun, der für sie mit einer blutigen Niederlage endete.

### Hieb- und Stichwaffen.

Severing will ein Gesetz herausbringen, das nicht nur Schußwaffen, sondern auch Hieb- und Stichwaffen, also Schlagringe, Gummknüppel, Stechmesser etc. an den Besitz eines Waffenscheins knüpft.

Wir begrüßen ein solches Gesetz. Unser deutsches Volk muß endlich aus der Totschlag- und Mordatmosphäre heraus. Der politische Kampf muß mit geistigen Waffen ausgefochten werden. Die wirtschaftlich-soziale und politische Entscheidungsschlacht aber mit Waffen oder blutiger Gewalt zu führen, ist eine Revolutionspfeißbürgerei, mit der im letzten entscheidenden Kampfe wirklich nichts anzufangen ist, als sinnlos ungeheure Werte zu vernichten, die das Proletariat selbst entbehrt und zu seiner Ordnung braucht. Es gibt kein unlogischeres, sinnloseres Gekreisch, als das Geschrei sowohl der Hitlerleute als der Kommunisten, nach der blutigen Revolutions-Gewaltdlösung, als die militaristischen Methoden auf den Klassenkampf des Proletariats auszudehnen und zu übertragen. Es ist sinnlos, die gewaltigen Aufgaben der Befreiung des Proletariats dem mechanischen Ablauf sozialer Katastrophen und den blinden Schicksalsmächten zu überlassen, statt zielbewußt und planmäßig diese Befreiung zu organisieren und dafür die Kräfte zu schulen und die Organisation hierzu real aufzubauen.

Gewalt, Blut, das sind Requisiten des Kapitalismus, der Unterdrückung, der brutalen Macht des Ausbeutertums.

Das um seine Befreiung ringende Volk muß andere Mittel ergreifen in seinem Kampfe, Mittel, welche diese militaristischen Gewaltmittel schachtmatt setzen. Es ist ganz katastrophal und läßt an der Ehrlichkeit einer wirklichen Befreiung zweifeln, daß z. B. die Generalstreiksidee, die Idee der Non-violenz, welche die ersten sozialistischen Führer aufstellten, heute von den Epigonen großer Revolutionäre ganz auf Seite gestellt wird. Diese Idee verlangt viel mehr als nur das dumme Gebrüll nach dem Gewehr und nach Blut! Sie verlangt vor allem geistige Kraft, verlangt zielbewußte Schulung, verlangt sittliche Kraft und Solidarität, eine tiefe Erziehungsarbeit — und da tut man sich leichter, Kampf mit Gewalt zu brüllen. Aber das Ende wird auch Chaos und ein Fiasko sein! Mit einem Proletariat, das nur auf die Gewehrmacht starrt, wird nicht nur die Macht des Kapitalismus nicht zu brechen sein, die vor allem auch eine geistige Macht hinter sich hat, sondern ein solches Proletariat wird vor allem einen wirklichen Neuaufbau von sich aus gar nicht gestalten können, weil es dazu nicht die Fähigkeiten, die geistige, sittliche Kraft und die Zähigkeit der Ausdauer, den Willen des Aufbaues auf lange Sicht hinaus in sich trägt.

Darum begrüßen wir nicht nur dieses Gesetz, sondern wir verlangen noch viel mehr: Verbot nicht nur allen Waffentragens und Waffenfabrizierens und Waffenhandels, sondern vor allem auch Verbot allen Uniformtragens, es sei denn die Uniform des Staates, der Polizei, der Beamten etc. Das wäre der erste Weg zur wirklichen Demokratie, zum wirklichen Durchsetzen des Volkswillens. Heute steht ja der Volkswille unter dem Druck dieser Uniform, sei es die des Stahlhelms, die der Hitlertruppen oder die des Reichshanners und der Rotfrontbündel!

### Das Zündholzmonopol!

Wenn man verlangt: Die Produktionswerke sollen in die Hände der Schaffenden überführt werden, erhält man von der Gegenseite immer die Antwort: Das geht nicht. Man müsse „freies Spiel der Kräfte“ lassen. Planwirtschaft, geregelt nach Gesetzen etc., sei unmöglich.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aber ist das möglich, wo es sich darum handelt, planmäßig den Gewinn herauszuwirtschaften. Man sehe sich einmal die ganzen Klauseln der Abmachungen über das Zündholzmonopol an.

### Wir haben Durst . . .

Wir haben Durst nach Liebe in Not und Schmerz, wir wollen Sonne in unser Herz; wir haben Durst nach Wahrheit in Trug und Lüge, wir wünschen Kinder in unsre Wiege; wir haben Durst nach Licht im Menschheitsdunkel, wir suchen Gott und Sterngesamkeit; wir haben Durst nach Raum und einer Wohnung, wir fordern Recht in Arbeit und Entlohnung; wir haben Durst nach Freiheit und einer Scholle Land, wir bauen still des Aufbruchs Strand; wir haben Durst nach Treue und deutscher Ehr', wir rufen alle ins Freiheitsheer. — — Rio Schneider.



### Eine andere Sprache . . .

Da die Zentrums- und Bischöflichen immer Vorwürfe macht, wir respektierten die kirchliche Autorität nicht, sei an folgende Tatsachen erinnert: Als am 22. August 1930 die preussischen Bischöfe zu Fulda ein gemeinsames Hirtenschreiben gegen die christlichen Gewerkschaften erließen, das sogenannte „Fuldser Pastoral“, gab der Freiburger Erzbischof Dr. Nörber einen Erlaß an den Klerus heraus, in dem er hieß, daß das Wort „christlich“ bei den christlichen Gewerkschaften „nur ein leerer Schall und Aushängeschild ist, und daß die Bewegung mit unabweislicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zugute kommen kann.“

Wir haben schon veröffentlicht, was damals die Gewerkschaften-

Darnach wird genau geregelt: Das Kontingent der Konsumvereine in der Höhe von 23 000 Kisten für die Hamburger Organisation, 3700 Kisten für die Kölner Organisation bleiben monopolfrei bestehen.

Zugleich macht man auch in Zündhölzern die Preise und setzte sie fest, sogar die Kleinhandelspreise. Diese dürfen nicht überschritten, aber auch nicht unterboten werden. Die Preise werden Festpreise und betragen 30 Pfennige pro Paket. Das Gesetz von „Angebot und Nachfrage“ ist also ausgeschaltet, das gilt hier nicht.

Und nun fragen wir grundsätzlich: Wenn das bei den Zündhölzern geht, bei einem kapitalistischen Konzern, warum geht es nicht bei den anderen Dingen? Warum geht es nicht bei einem Handels-, Getreidemonopol? Warum geht es nicht bei Kohlen, Eisen, Stahl, Kali etc. Und warum geht es nicht, daß solche Monopole nicht kapitalistische sind, sondern soziale Monopole in den Händen der Schaffenden, die durch die Macht des Staates, der Gesetzgebung, durch das Recht geregelt werden?

Es geht alles, wenn man will und die Macht dazu hat!

Und wenn das deutsche schaffende Volk einmal wollte, ginge es! Es braucht nur zu wollen und diesen Willen in die politische Tat und in die politische Macht umzusetzen!

Wann wird die arme, unterdrückte, auf Schritt und Tritt ausgesaugte Volk wollen? —

### Dr. Schacht und die Sozialdemokratie.

Der Vorstoß der Sozialdemokraten gegen Dr. Schacht in der Reichsregierung wie demnächst im Parlament stößt auf den Widerstand der anderen bürgerlichen Parteien. Die lassen Dr. Schacht nicht fallen. Das ist klar! Er ist ihr Mann!

Vielleicht kommt das aus einer Tatsache, auf die Prof. Foerster in seiner neuen Zeitschrift „Die Zeit“ hinweist: Er läßt einen Schweizer Finanzmann also sprechen: „Die Deutschen sind der Situation, die sie sich durch den Krieg geschaffen haben, einfach nicht gewachsen, weder moralisch noch intellektuell. Seit der „große Mann“ (Bismarck!) tot ist, steht niemand mehr am Steuer. Nun ist Schacht der Heros! . . . Der Krieg war die Folge des Mangels an Verstand. Es reichte zum Regieren in den mittleren und kleineren Staaten, in Preußen langte die hervorgerufene Beamtenverwaltung in normalen Zeiten, darüber hinaus versagte der politische Intellekt und die Moral ist ganz kaputt!“

Es fehlt wirklich diesem deutschen Volke die Führerschicht, die Führung auf größerer Linie. Sonst wären solche Dinge, wie Dr. Schacht im Haag etc., überhaupt nicht möglich!

Daß die bürgerlichen Parteien aber, die Finanzmacht, Dr. Schacht halten, da sie an dieses kapitalistische System verkauft, gebunden und versklavt sind, braucht niemanden zu wundern! Aber auch die SPD-Leute müßten wissen, daß mit dem Sturz des Mannes Schacht nichts erreicht wäre — das System fällt nicht, wenn auch der Mann geht!

### Ein Quaderstein.

„Es gibt in Europa Leute, welche ein Interesse daran haben, den Dawesplan zu sabotieren, wie sie die Reparationszahlungen sabotiert haben. Aber die Saboteure von morgen werden auf ihrem Wege einen Quaderstein finden, den die Saboteure von gestern nicht gefunden haben. Dieser Stein heißt „Amerika“ (Georges Auld, ehemaliges Mitglied der Reparationskommission.)

Ja, Amerika, vielmehr der Morgantrust! Die meisten Leute in Deutschland sehen diesen Quaderstein nicht. Sie starren nur nach Paris und meinen, dort säße der unerbittliche, brutale und gemeine Kerl, der uns auspreßt. Die starke Hand, welche Europa wie eine Zitrone auspreßt, aber sitzt in Amerika! Und da macht diese deutsche Reichsregierung die Dummheit, mit diesem Amerika vor dem Haag ein Sonderabkommen zu treffen, damit ja Amerika „desinteressiert“ ist und nur auf seinen Schuldschein pochen kann — den letzten Endes wie Deutsche bezahlen müssen! —

fürher zu diesen bischöflichen Erlässen gesagt haben. Auch daß es gerade Dr. Reubach war, der sich damals auf die Seite der Gewerkschaftsführer stellte. Was tat aber die Zentrums- und Bischöfliche?

Die „Köln. Volkstz.“ vom 22. Oktober 1930 schrieb:

„Wir stehen nicht an, diese Kundgebung (der Bischöfe) als eine tiefstausserliche zu bezeichnen, die sich nur durch irrige Informationen des Herrn Erzbischofs erklären ließ.“

Der Kampf in der Zentrums- und Bischöflichen gegen die Bischöfe war damals so stark, daß die „Augsburger Postztg.“ in Nr. 242 v. 25. Okt. 1930 dieses Vorgehen der Zentrums- und Bischöflichen als „einen Skandal vor der ganzen Welt bezeichnete, daß zahllose katholische Illustrierte die Autorität der Bischöfe mit Füßen traten und die katholischen Leser förmlich gegen ihre Bischöfe aufhetzten“. Und als im „Badischen Beobachter“ ein Artikel erschien, der ebenfalls dagegen auftrat, schrieb die „Köln. Volkstz.“: „Es ist nicht das erstmal und wird auch nicht das letztmal sein, wo Schwäche, Liebedienerei, grundsätzliche Unklarheit oder Unkenntnis der Verhältnisse sich an einem ruhigen aber offenen Worte gestossen hat. Es wird auch nicht das letztmal sein, wo der weitere Gang der Ereignisse unsere Kritiker belehren wird.“

Giesberts nannte das Vorgehen der Bischöfe eine „Überspannung des kirchlichen Autoritätsprinzips“.

Im Volkvereinsheft Nr. 6 1939 schreibt H. Gickler, Präses der A.V., Viktor Heller berufe sich nur auf sein Gewissen. Das stimmt erstens nicht, Hellers Erklärung und Standpunkt ist dogmatisch einwandfrei; er erklärte jederzeit „Ich orientiere mein Gewissen an der Kirche, aber die letzte Entscheidung des einzelnen Menschen und die höchste ist die des Gewissens.“ Und zweitens:

Giesberts erklärte damals: „Ein Generalgewissen gibt es in der katholischen Kirche nicht.“ (Breslauer Rede.) Und Hüskes, auf dessen Broschüre gegen die CSRP, sich die Zentrums- und Bischöflichen berufen, erklärte damals im Saargebiet auf die Aufforderung des

### Dafür hat man Geld.

Die amtliche Presse meldet immer wieder, daß der Etat durch den Youngplan gegenüber dem Dawesplan um 614 Millionen erleichtert wird. Trotzdem aber immer höhere Pensionswirtschaft, trotzdem immer neue Steuern und Erhöhungen der Lasten! Wie kommt das denn? Daran kann also nicht das böse „Feindland“ schuld sein, das muß bei uns im Innern selber liegen. Man darf sich nur den Nachtragsetat ansehen, Posten für Posten, und man findet, wie oben mit den Millionen der deutschen Steuergelder gewirtschaftet wird.

Da verlangt z. B. das Auswärtige Amt rund 720 000 Mark für Umzugskosten? Der Zuschuß zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft soll um 650 000 Mark erhöht werden. Die Kosten des Ablehens Streikrechts stellen sich auf 120 000 Mark. (Wie hoch kommen die Kosten bei einem gewöhnlichen starblichen Deutschen?) 6 Millionen werden angefordert, um die russischen Kulaken zu unterstützen. Für die Technische Notulde, die doch nur den Sinn der Streikrechts haben kann, sind wieder 125 000 Mark eingestuzt und zwar sogar zu Mehrausgaben. Die Luftflotte bekommt drei Millionen. Der Etat der Ruhegehälter verlangt ein Mehr von 17,7 Millionen. 14,9 Millionen mehr sollen die Länder bekommen (statt diese durch Streichungen einmal zu intensiven Sparen zu zwingen!). Für die Grenzgebiete, das Saargebiet wird ein Mehr von 65,9 Millionen verlangt. (Hier müßte man einmal dem deutschen Volke eine detaillierte Rechnung vorlegen, wer, welche Persönlichkeiten in diesen Gebieten aus solchen Summen dotiert werden. Das deutsche Volk wie das Volk an der Saar und in den Grenzgebieten würde Aug' und Maul aufreißen!)

### Der Profit steigt, die Löhne sinken.

Hört man die deutsche Wirtschaft über die Lage sprechen oder schreiben, dann ist sie, wenn noch nicht ganz bankrott, so doch unmittelbar dabei, bankrott zu gehen. Sieht man dagegen ihre Bilanzen, d. h. nur die, die sie der Öffentlichkeit unterbreiten — die anderen bekommt niemand zu sehen —, dann findet man das Gegenteil von dem, was man dem deutschen Volk immer wieder vorredet. So bringt der „Syndikalist“ nachstehenden beachtenswerten Artikel, der auf der anderen Seite bei dem steigenden Gewinn die steigende Verelendung der Werktätigen treffend charakterisiert. Er schreibt:

„Der Berliner Siemenskonzern ist das mächtigste Elektrokonzern in Deutschland. In den hier in Frage kommenden Firmen wurden beim Abschluß des letzten Geschäftsjahres nach Abzug aller Unkosten und der wichtigsten Abschreibungen an Rohgewinn ausgewiesen: Bei Siemens & Halske 31 und bei Siemens-Schuckert 22,3 Millionen Mark. Siemens & Halske sowohl wie Schuckert blieben bei ihren vorjährigen Dividenden von 14 bzw. 10 Prozent.“

Wir bringen hier eine Aufstellung der Summen, die bei den letzten Abschüssen an die Aktionäre verteilt wurden:

1924/25	10,8 Millionen Mark
1925/26	16,7 Millionen Mark
1926/27	21,7 Millionen Mark
1927/28	24,7 Millionen Mark
1928/29	24,9 Millionen Mark

Das ist eine Steigerung der Gewinne um rund 150 Prozent. Damit muß man die Arbeitslöhne vergleichen. Vor fünf Jahren betrug die Belegschaft 112 000 und im vor einigen Wochen abgeschlossenen Geschäftsjahr 137 000 Arbeiter. Das bedeutet eine Vermehrung von 23 Prozent. Der Umsatz stieg übrigens in derselben Zeit auf 850 Millionen Mark, was seit 1924/25 eine Umsatzsteigerung von rund 50 Prozent bedeutet. Der Umsatz stieg also doppelt so schnell, wie sich die Belegschaft vermehrte. Wie sehen aber nun die Löhne der Arbeiter aus, die diese Dividendensteigerungen, diese Umsatzsteigerungen trotz verhältnismäßig ganz geringer Belegschaftsvermehrung ermöglichten?

Für 31 mittlere 137 000 Beschäftigten wurden im letzten Geschäftsjahr 270 Millionen Mark als Lohnsumme aufgewendet. Das gibt auf den Kopf jährlich 1970 Mark oder

im Durchschnitt 58 Mark Wochenverdienst!

Dabei sind in der Summe von 270 Millionen Mark auch noch die mittleren und hohen Beamtgehälter enthalten. Für den Durchschnittsarbeiter kommt also ein noch geringerer Lohn heraus.“

„Das ist das Lied vom täglichen Brot, die es erarbeiten leiden!“

Dechant Hansen, die Gewerkschaftler sollten sich an die Autoritäten, den Bischof und den Papst wenden:

„In wirtschaftlichen Fragen sind die beiden Genannten uns keine Autorität, da sind wir uns selbst Autorität.“

Und weiter:

„Wir appellieren nicht an die Genannten, sondern an den gesunden Menschenverstand.“ (St. Johann, „Saarbrücker Volkstz.“ v. 25. Juli 1938 über eine Versammlung von 800 christlichen Bergarbeitern in Sulzbach/Saar.)

Giesberts sprach damals davon, daß man „jedem man die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dem Diktator außerhalb der Arbeiterschaft stehender Kräfte unterstellt, keine selbständigen Charaktere ersieht, sondern rückgratlose Menschen!“ Und noch einmal:

„. . . Das Gefährliche an der Sache ist, daß die Arbeiter, die man auf solche Weise zu blinden Holzten, zu rückgratlosen Menschen macht, in denen jeder Klasseninstinkt zerdrückt wird. . . der Sozialdemokratie anheimfallen.“ Und weiter:

„Warum schreibt Herr P. Peetz keine Broschüren über die Arbeitsverbände und die kirchliche Autorität, über „die kirchliche Autorität und die freien, die Hiesch-Dunkerschen Gewerkschaften“ oder über „die Kartelle, Syndikate und die kirchliche Autorität“? Diese ungleiche Behandlung ist beleidigend für die katholischen Arbeiter! . . . Diese Behandlung kommt in letzter Linie lediglich hier, daß manche den Arbeiterstand noch immer als den unwilligen, dienenden Stand von ehedem betrachten. Darüber sind wir definitiv hinaus.“

Das waren ganz andere Worte, als sie „Das neue Volk“ brachte und bringt! Man vergleiche hierzu die Entwicklung bis auf unsere Tage. Die Entwicklung hat selbst die Bischöfe über die christlichen Gewerkschaften eines anderen belchit. Heute ist der Kampf in neuer Auflage gegen neue Fronten, und neue Notwendigkeiten, die der Entwicklung geboren hat: Christlich-Soziale, religiöse und katholische

# Die Partei der Versorgten.

Die große mächtige, in politischen Fragen jedoch sehr ohnmächtige sozialdemokratische Partei Deutschlands kann nach ihrer ganzen organisatorischen Struktur und ihrer politischen Tätigkeit durchaus nicht als eine Partei der Ausgebeuteten angesehen werden. Wer das nicht glauben will, der lese einmal die Aufstellung von Rudolf Feistmann, „Der SPD-Apparat“. Danach hat die Partei an Abgeordneten in den Parlamenten:

Reichstag	153
Reichsrat etwa	27
Reichswirtschaftsrat etwa	65
Landtage	529
Preussischer Ständerat	24
Provinziallandtage	318
Kreistage	4 097
Stadtverordnetenversammlungen	7 762
Gemeindevertretungen	31 348
Bürgermeister	889
Gemeindevorsteher	897
Bischofsräte und Beigeordnete	730
SPD-Minister (1919—1929)	164
Höhere preussische Beamte (Landräte, Polizeipräsidenten, Oberpräsidenten, Ministerialbeamte)	102
Aufsichts- und Verwaltungsräte staatlicher Betriebe	131
Aufsichtsräte der wirtschaftlichen Unternehmungen der SPD etwa	131
Beamte der inneren preussischen Verwaltung	16 000
Beamte anderer Länder	4 000
Angestellte der Sozialpolitik etwa	50 000
Baukontrolleure, Gewerbeaufsichtsräte usw.	407
<b>zusammen: 119 071</b>	

Hinzu kommt noch der mächtige Apparat von Gewerkschafts- und Parteifunktionären; die kleine Armee von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die in den verschiedensten sozialistischen Unternehmungen sitzen, gute Positionen haben und sie nicht verlieren wollen. Ein solcher Apparat von gutversorgten Gehaltsempfängern wird niemals die Befreiung der Entrechteten und Geknechteten durchsetzen, sie wird immer die Stützerin und Beschützerin der bestehenden himmelschreienden Unordnung sein. Die Gewalt geht halt nicht vom Volke aus, sondern von dem mächtigen Parteiapparat der deutschen Sozialdemokratie, und danach sieht sie auch aus.

## Großborgen...

Professor J. M. Bonn sagt gegenüber der Pumpwirtschaft unserer heutigen Regierung und der gesamten Politik: „Die Lebenshaltung unseres Volkes kann im Augenblick nicht durch Borgen gesteigert werden... Kriegsdienste mögen zweckmäßig für ein Volk sein, das seine volle Bewegungsfreiheit wieder erlangt hat und das sie bar bezahlt. Als Mittel zur Wiedererlangung dieser Freiheit sind sie im höchsten Grad ungeeignet, insbesondere, wenn ihre Kosten gebort sind. Ein Volk kann sich vielleicht groß hungern, kann es sich aber auch großborgen? ...“

## Da gibt es keine Steckbriefe!

Den etwa 20 jungen Glasbläsern aus Gerschwenda (Thür.) die, um nicht zu verhungern, nach Frankreich ausgewandert, hat man wegen Fallvergehen Steckbriefe nachgeschickt, da sie als Spezialarbeiter die heimische Spezialindustrie benachteiligen könnten.

Wie so ganz anders aber wird das Bild, wenn die Internationalen der Schwerindustrie auf sehr ähnlichen, wenn nicht noch schlimmeren, Pfaden wandelt, als diese thüringischen Arbeiter, die lediglich der Hunger in fremde Länder trieb. Vor einigen Tagen wurden an der Berliner Börse zum erstenmal die Aktien der J. G. Chemie, Basel notiert. Dieses neue Unternehmen ist nichts anders, als eine Filiale des deutschen J. G. Farbentrustrust. Die Schweizer Filiale wurde nur gegründet, um einmal der deutschen Besteuerung aus dem Wege zu gehen, denn J.G.-Farben sind einer der rentabelsten

Industrien, die wir z.Zt. in Deutschland haben, und andererseits ging es diesem Trust darum, sich vor den Reparationslasten zu drücken. Es handelt sich hier um nichts anders, als um eine regelrechte Kapitalflucht deutscher Industrieller ins Ausland.

Wieviel Unternehmungen gleichwertiger Art haben schon auf diesem Wege dem deutschen Staat Millionen-Gewinne vorverhohlen! Man kann an dieser Stelle nicht all die Steuerschieber aufzählen. Nehmen wir doch nur die deutsche Flugzeugindustrie, die Kunstseidenindustrie usw., besonders letztere ist ein wichtiger Faktor. Kunstseide- und Chemiefabrikation gehören zu jenen Produktionsgebieten, die über wichtige Fabrikationsgeheimnisse verfügen, und doch werden sie nicht steckbrieflich verfolgt. Gerade diese Industrien werden z. B. in einem kommenden Kriege ausschlaggebend sein durch die schnelle Umstellung auf Kriegsindustrie, Giftgas usw. Auch werden die gesamten Betriebe nach kurzer Zeit sehr gefährliche Konkurrenten der deutschen Betriebe werden, doch hier findet sich kein Staatsanwalt, der Steckbriefe losläßt.

Die Staatsgewalt geht vom Reichstag aus, in dem aber sitzen 71 Abgeordnete, genannt „Volksvertreter“, die 288 Aufsichtsratsposten inne haben.

## Sie sind unter die „Räder“ gekommen.

Anfang Juni vorigen Jahres wurde in der Reichsmarine zwei Obermatrosen, zwei Obermatten und einem Feldwebel fristlos gekündigt. Die Überraschten konnten in ihrer von Admiral Raeder verfügten Kündigung lesen, daß sie wegen „Unwürdigkeit“ entlassen würden.

Die Entlassenen erhoben gegen diesen Willkürakt sofort Einspruch. Das Reichswahrministerium erklärte die Entlassung als zu Recht bestehend; bequemte sich zugleich auch dazu, den näheren mitzuteilen, worin die Frage „Unwürdigkeit“ bestünde. Die fünf Mann wurden nämlich beschuldigt, Umgang mit staatsfeindlichen Elementen geflochten zu haben. Dieser Umgang hatte nur darin bestanden, daß die so Gemäßigten in ausgesprochenen Kommunitionskontakten verkehrt hätten; daß sie Verbindung mit der Roten Marine gehabt hätten usw.

Die Entlassung ist nun tatsächlich am 26. September vorig. Jahres erfolgt. Die Matrosen bekamen, da sie von der Marine ohne jegliche Abfindung entlassen wurden, zunächst Arbeitslosenunterstützung, haben aber sofort gegen ihre Entlassung Klage beim Landgericht in Kiel erhoben. Interessant ist, daß die Entlassenen zum Teil vor dem Abschluß ihrer zwölfjährigen Dienstzeit standen, und daß sie sich vor ihrer Entlassung untereinander gar nicht gekannt haben.

Die Reichsmarine spielt in der ganzen Affäre, nach Ausspruch des Verteidigers der Entlassenen, eine geradezu „banalebene“ Rolle. Der „Vorwärts“ meint in seiner Abendausgabe: „Nach dem bisherigen Stand der Untersuchungen dürften die Prozesse mit einer schweren Niederlage für die Marine enden“. Wir können diesem Optimismus nicht teilen, da sich erfahrungsgemäß gerade unsere Militärbehörde aus noch viel tolleren Dingen herausgememelt hat. Diesmal sind es nur ein paar „Marinesoldaten“ um die macht man kein so großes Aufhebens. So ungefähr werden wohl auch die Richter denken und danach handeln.

## Die Teno.

Es ist ja nicht das erstemal, daß wir uns mit diesem Gebilde versteckten Militarismus und Streikbrecherorganisation, der Technischen Nothilfe, beschäftigen.

Diese Organisation, die jährlich vom Reich mit 5 Millionen Mark subventioniert wird und außerdem noch staatliche Zuschüsse von den Länderregierungen erhält, ist praktisch geseien vollständig überflüssig. Zu Hilfeleistungen bei katastrophalen Unglücksfällen genügt reichlich unsere Feuerwehr. Wir brauchen daneben nicht noch eine Organisation, deren Zweck sehr zweifelhafter Natur ist, die Übungen der „Teno“ zu Wasser und zu Lande zeigen

nur zu oft den wahren Charakter derselben. Dazu ist diese Organisation eine ständige Gefahr der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft, da sie sich bei Streiks und anderen Kämpfen als Hilfstruppe zur Erhaltung der Produktion einspannen läßt. Das Reich läßt besser daran, die Millionen, die man hier buchstäblich für einen Unsinn zum Fenster hinauswirft, den Kommunen zu geben, zum Ausbau ihrer Feuerwehren und anderer Organisationen, deren Zweck es ist, der notleidenden Menschheit zu helfen.

Wie notwendig in der Zuschußwirtschaft des Reiches an die „Teno“ Abhilfe am Platze ist, beweist ein Prozeß, der kürzlich in Berlin stattfand. Angeklagt war der Verlagsangestellte Lohmann, der die Tochtergesellschaft der Technischen Nothilfe „Die Bilder“ zu verwalten hatte. Diese Tochtergesellschaft hatte den Propagandaapparat der Teno zu bewältigen. Besagter Lohmann hatte für diesen Posten als ehemaliger Offizier fast gar keine Kenntnisse aufzuweisen. Die schienen aber auch nicht die Hauptsache zu sein, Hauptsache und ausschlaggebend für Lohmanns Anstellung wird wohl sein früherer Beruf als Offizier gewesen sein. Durch eine geradezu skandalöse Buchführung, die man nebenbei bemerkt zum Teil mit Bleistift gemacht hatte, hat Lohmann binnen 1 1/2 Jahren nur 40 000 RM. für seine Rechnung verpulvert, trotzdem er mit 1000 RM. Monatsgehalt angestellt gewesen ist. Die Kasse hat er zum Teil in der Hosentasche nachgetragen, aus der er auch Rechnungen und anderes beglich. In nicht ganz drei Wochen hat er in Zinnowitz 3000 RM. verjubelt.

Der ehrenamtliche Verwalter des „Bilderverlages“ war der Landesbezirksleiter der Technischen Nothilfe für Berlin-Brandenburg. Auch er war ehemaliger Offizier, der nichts von der Kaufmannschaft verstand. Er hat neben seinem hohen Gehalt bei der Teno sich für seine Propagandaartikel vom Bilderverlag recht hohe Honorare zahlen lassen. Er soll auf diese Weise jährlich oft bis 7000 RM. vom Verlag bezogen haben.

Der Angeklagte Lohmann hat ein Jahr Gefängnis bekommen.

Herr Innenminister Severing hat im vergangenen Jahre angekündigt, die 5 Millionen für die Teno um die Hände zu streichen. Herr Severing, streichen Sie sie ganz, denn wir brauchen in unserer Notzeit keine Offiziersversorgungsanstalt, die dazu noch ein Volksfeind und eine Stütze der kapitalistischen Macht- und Profitpolitik ist.

## Kolonien — weiße Teufel.

„Tränengas gegen Häuptling“ — „Eingeborenenrevolte in Südafrika ersticht“. Der Eingeborenen-Häuptling Mafuri, dessen Gefangennahme trotz großer Polizeiaufgebote und Bombenabwürfe durch Flugszeuge sich eine Zeit hingezogen hat, hat sich ergeben, nachdem gegen ihn auch mit Tränengas vorgegangen wurde.

So berichtet die Abendausgabe des sozialdemokratischen „Vorwärts“, und beweist damit erneut, in welch imperialistischem Fahrwasser sich dieses Organ der Ausgebeuteten (?) bewegt. Kein Wort der Entrüstung über die Bestialität der Kolonialherren, kein Wort gegen die Vergewaltigung der farbigen Völker, kein Wort gegen die weißen Profijäger, die jene Eingeborenen um des nackten Gewinnes willen oft von Helm und Hof jagen, sie zu ihren Lohnsklaven unter den jämmerlichsten Bedingungen machen. Was hat den Häuptling zur Gewaltanwendung gegen seine Bedrücker veranlaßt? Wer hat ein Interesse an seiner Unterwerfung? Auch hier Polizei und Militär im Dienste der industriellen Profitheerrschaft.

Hast Du schon die neueste Nummer  
**Nur 10 Pfg. „DIE JUNGE TAT“ Nur 10 Pfg.**  
 Das Kampfblatt der christlich-sozialen Jugend!  
 Wenn nicht, bestelle sofort bei:  
 Willi Dohr, Essen, Stoppenbergstr. 56 Verlange Werbenummer

Sozialisten. Die ganz gleichen Erscheinungen immer wieder. Hinter dem Ganzen: Die Armen, die ihr Recht suchen, müssen es sich erkämpfen! Wenn sie sich docken, blühen sie die Sklaven und Unmündigen und Dienenden, denen das Rückgrat gebrochen werden soll, die zu Heloten gemacht werden sollen — nach den Worten Giesbertal

## Christliche Gewerkschaften und Einheitsgewerkschaft.

Es ist unsern Freunden bekannt, daß uns die Zentrums- und sozialdemokratische Presse schon den Vorwurf machte, die CSRP, d. h. vielmehr „Das neue Volk“, vertrete die Einheitsgewerkschaft. Nun stimmt das zwar nicht, wir bejahen hier die historisch gewordenen Organisationen der gewerkschaftlichen Aufgabe. Doch ist notwendig, einmal herauszustellen, daß diese Einheitsgewerkschaft schon lange von anderer Seite gefordert wurde. In der vom Volksverein M.Gladbach herausgegebenen Broschüre „Christliche Gewerkschaften. Ihre Aufgabe und Tätigkeit“ (Heft 1 und 2 der Arbeiterbibliothek, 3. Auflage, M.Gladbach 1900, Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“) ist die Frage der Verschmelzung der christlichen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen erörtert und auf Seite 17 f. mit Bezug hierauf geschrieben:

„Wir sagen: Vorläufig ist eine Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsbewegungen ausgeschlossen. Damit haben wir schon angedeutet, daß als Ziel eine Zusammenfassung aller Arbeiter in paritätischen Gewerkschaften zu erstreben ist, d. h. in solchen Gewerkschaften, welche sämtliche Arbeiter des betreffenden Industriezweiges, einzeln, welcher Partei oder welchem Bekenntnis sie angehören, umfassen, und zwar umfassen auf dem neutralen Boden des Aus-dem-Spiels-Lassens aller religiösen und politischen Anschauungen, selbstverständlich auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung.“

Die Broschüre führt dann noch fort:

„Die paritätischen Gewerkschaften werden, was ihre grundsätzliche Gestaltung betrifft, genau so beschaffen sein wie heute die christlichen Gewerkschaften schon sind, nur mit dem Unterschiede, daß dann das Wörtchen „christlich“ in ihrem Namen wegfällt, weil man sie nicht mehr gegenüber den sozialdemokratischen Verbänden zu unterscheiden braucht.“

Wenn also einmal im „Neuen Volk“ wirklich solche Gedankengänge gekommen sind, so waren sie nur Kinder der Väter von M.Gladbach und der alten Gewerkschaftsführer.

## Die Russenfrisur....

Es gehört nicht in eine ernste politische Zeitung, es gehört in die „Fliegenden“. Aber es gilt, solche Methodik bloßzulegen.

Herr Martin Herold, Sekretär des „Christlichen Bauernvereins“, schreibt im „Fränkischen Volksblatt“ einen Artikel gegen die neue Bauernfrisur, der mit Sachlichkeit nicht beschwert ist, sondern eine einzige Schimpfkanonade! In diesem Artikel bringt Herr Herold, zum „Beweis“, daß die neue Frisur „kommunistisch“ sei, folgendes:

„Man braucht sich ja nur deren Obermacher und seinen Anhang in Russenkleid und mit der Kommunistenfrisur anzusehen.“

Er meint damit unsern Freund Feltrin!

Wenn also einer einen schwarzen, einfachen, geschlossenen Kittel an Stelle von Frack und Zylinder anzieht, ist er ein „Kommunist“. Das war uns nicht so neu! Aber daß es nun auch eine Russenfrisur gibt, wenn einer nicht Brillantine und alle Haarwasser aufs Haar schmirt, das ist uns wirklich neu! Und da wir unter allen Umständen alles tun wollen, was uns von dem Verdachte der „Kommunistenfreundschaft“ reinigt, bitten wir hiermit öffentlich Herrn Herold, uns ein Verzeichnis samt Zeichnung all der Frisuren einzusenden, die nicht „russen“verdächtig sind. Vielleicht benennt er uns denn auch Frisuren, welche sich vergleichen, die Haare so zu

schneiden, daß sie keinen Verdacht an Russenfrisur-Ähnlichkeit aufkommen lassen können. Für die modernen Frauen gibt es hierzu den Bobbi-Kopf — doch halt, eben sehr ich aus russischen Bildern, daß auch in Moskau schon der Bobbi-Kopf ist. Wir sind in Verzweiflung, Herr Herold!

Sowas gibt es in der heutigen politischen Diskussion! Mit sowas muß sich ein politischer Gegner herumschlagen! Mit sowas versucht man heute noch, ein armes Volk weiter zu verblöden. Ist da nicht der schlagendste Beweis erbracht für unsere Behauptung: Bauern, solche heutigen Führer, Führer, die mit solchen Kinderreien ernste Diskussionen über brennendste Fragen abwürgen wollen, können auch unmöglich Wegweiser und Führer ausurer Not heraus sein!

## Die Todesstrafe — keine Strafe.

In einer Predigt hat der anglikanische Erzbischof Dr. Temple von York, nach einem Bericht der „R.M.V.“ erklärt: „Die staatliche Strafe sei die Aktion der Gesellschaft gegen ihre eigene Mitglieder und sollte daher nicht mit der Rache verwechselt werden. Zu dem abschreckenden Element der Strafe müsse in erster Linie der Abscheu der Gesellschaft vor der betreffenden Handlung ihres Mitglieds hinzukommen; diese Abscheu finde heute ihrem Ausdruck durch das Gefängnis. Ueb-triebene Bestrafung verfehle vollkommen die beiden Elemente der Strafe. Er sei der Meinung, daß die Todesstrafe die Wertschätzung des Menschenlebens herabminderte und keineswegs — wie die Erfahrung zeige — die gewünschte abschreckende Wirkung zeitigte. Es schone ihm, die Abschaffung der Todesstrafe würde einen Gewinn für die Gesellschaft darstellen.“

Dieses beachtliche Urteil sollten sich die Anhänger der Todesstrafe näher ansehen, besonders jene, für die Töten Sünde ist. Bodaserlicherweil sind fast nur Christen die Anhänger der Todesstrafe.

### Zeichen der Zeit...

Das Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus in Österreich bringt in Nummer 2 nachstehenden Bericht:

„Ad quid perditio haec? Ein wandernder Missionsprediger erzählt, ein Verein habe einen Altar abbrechen und einen neuen bauen lassen um 80 000 Schilling. Und dann klagt man über Kirchennot. Und ein Frauenkloster läßt eine Monstranz anfertigen von ganz ungeheuren Wert und dann klagt man — wie oben. Daß es uns nicht geht wie in Rußland, wo das Gold der Kirchen zum Kampf gegen die Kirchen dienen muß!“

Dasselbe Blatt schreibt zu dem Prozeß gegen den Grafen Christen zu Stolberg, der bekanntlich seinen Vater ermordet hatte, folgendes:

„Vatermörder. Wer den Prozeß des Grafen Stolberg näher verfolgt, muß empört sein über den Tiefstand an Sitte in diesem Adelkreise. Ob sich der Staatsanwalt auch so des Angeklagten angenommen hätte, wenn er nicht einer hochgeborenen Klasse angehört hätte? Dieser Prozeß läßt die Gleichheit vor dem Gesetz in Deutschland bezweifeln.“

### Die Republik erlaubt's ja.

Vor kurzem ist auf Schloß Remplin in Mecklenburg ein ganz eigenartiger Besuch eingetroffen. Nämlich der ehemalige Herzog Karl Ernst Michael. Dieser fünftliche Arier hat seit Kriegsende in Kopenhagen gewohnt und wartet von dort den geeigneten Zeitpunkt ab, um wieder in seine Heimat — Vorpommern, zu seinen Untertanen zurückkehren konnte. Ob die Mecklenburger über diesen Besuch besonders erbaudt sein werden, bleibt dahingestellt, denn dieser Herzog brachte es fertig, am 7. August 1914 — einige Tage nach Kriegsausbruch — sich in Rußland, wo er die meiste Zeit lebte, naturalisieren zu lassen, d. h. er erwarb die russische Staatsangehörigkeit. Er war dann während des Krieges russischer Artilleriegeneral und Generaladjutant und hat als solcher auf seine Art sein Vaterland verraten.

Doch heute scheint ihm, nachdem er seine russische Rolle ausgespielt hat, wieder alles verziehen zu sein, denn er will sich in obigem Schloß für dauernd niederlassen. Vielleicht gewährt ihm die Republik eine Arbeitslosenunterstützung, damit der verlorene und wieder bringekehrte Sohn nicht zu verhungern braucht.

### Der Rücktritt des Diktators.

Die spanische Regierung des Diktators Primo de Rivera ist zurückgetreten. Mit der Neubildung der Regierung wurde General Berenguer beauftragt. — Spanien scheint nur mit Generälen Politik machen zu können.

### Eine kleine Berichtigung.

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß uns bei der Notiz über Joos ein kleiner Irrtum unterlaufen ist. Nicht Joos selbst war auf dem Jugendbewegungstreffen in Köln-Deutz, sondern dortselbst hat ein Quackbörner die Äußerung von Joos (daß die Politik nicht ohne Geldgeber möglich sei) gesagt.

## Aus der Bewegung.

### An Ortsgruppenleitungen und Vertrauensleute!

In der vorigen Woche gingen unter Drucke unserer Vertrauensleute Quittungen und Abrechnungsbüchlein für Februar zu. Wir bitten auch das den Quittungen beiliegende Rundschreiben zu beachten.

Wegen der Abrechnungen teilen wir mit, daß wir weitestgehendes Verständnis für die schwierige wirtschaftliche Lage unserer Freunde haben. Aber es wird und muß bei einiger Umsicht und Tatkraft unserer Ortsgruppenleitungen und Vertrauensleute möglich sein, die Beträge voll hereinzubekommen. Wo es noch nicht durchgeführt ist, möge man doch dazu übergehen, wöchentliche Teilbeiträge zu kassieren. Bedenkt, Freunde, daß von einer pünktlichen Monatsabrechnung nicht zuletzt abhängt, wie wir weiter arbeiten können. Vergelt nicht, daß unser Blatt die Grundlage unserer Arbeit ist. Darum auch in der Werbung nicht nachlassen. Immer weiter, muß Neuland erschlossen werden. Es sind Millionen, die noch nicht von uns wissen. Wir müssen die Massen erobern!

### Landesverband Baden.

Volkertshausen. Sorgen wir dafür, daß wir unsere Bedürfnisse selbst herstellen und der Kapitalismus ist überwinden. Die meisten wissen bereits von den Arbeiten in Volkertshausen. Aber es wird alles nur ein Versuch bleiben, wenn nicht alle aktiv, soweit sie können, die Sache unterstützen. Was nützen uns die Phrasen von der Überwindung des Kapitalismus, wenn wir nicht einmal in unseren Reihen Leute haben sollten, die ihr Möglichstes tun werden, die angefangene Sache mit allen Kräften weiterzubringen. Nachdem ich die Sache längere Zeit beobachtet konnte, bitte ich besonders diejenigen, die in den Industriezentren stehen, die Heimarbeiten „blaue Arbeitsanträge“ vertreiben zu helfen. Hast Du es gelesen, dann klame nicht, ehe es zu spät ist! Ein Maler aus Dörsdorf.

### Landesverband Württemberg.

Unsere Parteifreunde und Leser des „Neuen Volkes“ werden gebeten, der Aktivität der Gegner im Lager der alten Parteien, die von keinem anderen Streben geleitet sind, als die neu aufstrebenden Parteien gewaltsam zu unterdrücken, sie aus der öffentlichen Betätigung auszuschalten, erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Die sogenannte Regierungsumbildung in Württemberg ist ein Musterbeispiel hierfür. Der Zweck dieser Schachergeschäfte zwischen Demokraten, Deutscher Volkspartei einerseits und Deutschnationalen mit Zentrum andererseits ist und war: Die Volkspartei und den christlichen Volkedienst auszuschalten. (Vergl. „Berliner Tageblatt“) Er-

leicht wurde dabei quasi als Dreingabe ein weiterer Minister mit Gehalt, ein Staatsrat ohne Gehalt „nur“ mit Dienstaufwandsentschädigung. Für Winterbeihilfen an die Arbeitslosen war damals kein Geld da. Im württ. Etat fehlen 5 Millionen Mk., trotzdem ist Geld da, 24—30 000 Mark für einen weiteren Minister und solches für den Dienstaufwand des ehrenamtlichen Staatsrates. Deshalb hat auf dem Stuttgarter Rathaus die Sozialdemokratie voriges Jahr der Gaspreiserhöhung zugestimmt, hoffend, auf diese Weise einen weiteren Bürgermeister von den bürgerlichen Parteien genehmigt zu erhalten. Da sich diese nicht so leicht bewerkstelligen läßt, wählt man den Weg des Abbaus städtischer Angestellter. Mit anderen Worten: Um das Gehalt des neuen sozialdemokratischen Bürgermeisters (16 000 Mk.) zusammenzubringen, werden Angestellte brotlos gemacht. Ueberhadet solcher Dinge fordern aber die alten Parteien von ihren Wählern auch fernherhin Vertrauen und Treue. — Derartige Vorgänge, Freunde, sind uns ein durchschlagender Beweis, daß wir auf dem rechten Weg sind, wenn wir neue Menschen mit stützlichem Ernst fordern. Tun wir daher unsere Pflicht, rütteln wir die Stummigen auf, treten wir an die nach Höherem Suchenden heran. Lassen wir uns insbesondere unter keinen Umständen von der christlich-sozialen Jugend, die trotz Terror der Gegner sich nicht in ihrem Vormarsch — wohlgerichtet in Württemberg — aufhalten läßt, beschämen. Wer in der Werbearbeit nicht mithelfen kann, hat Gelegenheit durch ein finanzielles Opfer, das unser Parteikassier AL. Boos, Stuttgart, Gutenbergstr. 50 D, jederzeit und gerne entgegennimmt, ein übriges zu tun.

Gesinnungsfreunde werden darauf hingewiesen, daß das „Neue Volk“ an nachfolgenden Zeitungsverkaufsstellen in Stuttgart zu haben ist: Baur am Königsbräu; Frau Braun, Charlottenstraße; Klumpke, Ecke Marien-Paulinenstraße; Zeitungsverkauf Ecke Molke-Schwabstraße; Ecke Schreiber- und Böhlingerstraße.

Stuttgart. (Lokal Fürberstr. 4.) In der Monatsversammlung am 1. Februar wird Freund E. Linkenell zu den neuesten Veröffentlichungen der Gemme unserer Partei Stellung nehmen und so Anlaß zu einer entsprechenden Ansprache geben. Wer kann, erwerbe und bringe Gäste mit.

### Landesverband Bayern.

Freunde! In einem Monat findet unser Landesparteitag statt, zu dem ihr alle herzlich eingeladen seid. Näheres wird noch im „Neuen Volk“ bekanntgegeben. Etwaige Anträge sind bis spätestens 12. Februar an mich zu senden. Ich wünsche, daß möglichst viele Anträge bei mir einlaufen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne nicht richtig sind. Immerhin zeigen sie vom aktiven Arbeiten. Vergelt nicht den 12. Februar!

Gg. Schelle, Landeschriftführer, München 8, Lothringersstr. 33/1.

Ortsgruppe München. Freunde! Unsere Monatsversammlung findet am 7. Februar, abends 8 Uhr, im „Tann-

## Hast Du schon das Werkblatt für Lebenserneuerung und christlich-soziale Tat bestellt?

Bestelle es sofort, damit wir die großzügige Auflage bestimmen können. Man schreibe an den Verlag „Der barmherzige Samariter“ a. W. G. m. b. H., Volkertshausen i. Baden. — Postcheck Karlsruhe 194/0.

baum“, Kreuzstr. 26, statt zu der alle herzlich eingeladen sind. Es ist dies die letzte vor der Generalversammlung. Bringt Gesinnungsfreunde, Frauen und auch den Nachwuchs, die Jugend, mit Gäste, auch ohne Einführung, sehr erwünscht. Ein Parteifreund spricht über „Schicksalagemellschaft“. Nach der Versammlung Bücher- und Zeitschriftenaustausch. Alle Vertrauensmänner müssen bei dieser Gelegenheit abrechnen. Wer für das „Neue Volk“ noch für 1920 Abonnementgelder schuldet, kann gleich da bezahlen. Eventuelle Anträge für den Landesparteitag können da noch gestellt werden. Gg. Schelle.

### Landesverband Bayern.

Was macht der „Barmherzige Samariter“? Was macht Otto Kaiser? Was macht die Partei in Volkertshausen? Geht es wirklich erfolversprechend vorwärts?

Diese Fragen gehen vielen Parteifreunden und Lesern des „Neuen Volkes“ immer wieder durch den Kopf. Ich, der ich mir diese ganze Sache mitangesehen, ja volle 3 Wochen praktisch als Fachmann dort mitgearbeitet habe, beantworte sie euch, soweit es dieser Raum hier zuläßt. „Der barmherzige Samariter“ und die „Sparkasse“ arbeiten verblüffend praktisch und zielstrebig und eilen von Erfolg zu Erfolg. Das beweist am besten die Tatsache, daß die CSRP, in Volkertshausen bei den letzten Reichstagswahlen die meisten Stimmen aller Parteien errungen hat, und das, obwohl es die jüngste dortige Partei ist. Nicht umsonst sitzt unser Freund Pfarrer Kaiser dort, der der heutigen Welt zeigt, daß es heidenhafte Christenkämpfer gibt und was man mit Energie fertigbringen kann, trotz des unerhittlichen und verlogenen Kampfes der dortigen SPD. Hier bewahrheitet sich das Sprichwort „Alles Gute bricht sich Bahn!“ Freunde! Gebt euch Sparrspitzen in unsere Sparkasse! Helft mit, den Kapitalismus dadurch zu überwinden. „Der barmherzige Samariter“ macht unverwundliche blaue Arbeitsanträge, die ich allen empfehle. Schreibt sofort an „Barmh. Samariter“, Postcheck Karlsruhe 19 540, Volkertshausen (Baden). Gg. Schelle, Landeschriftführer.

Würzburg. „Der barmherzige Samariter“ a. W. G. m. b. H., Ortsgruppe Würzburg hält seine Versammlung am 5. Februar, abends 8 Uhr, im Jugendheim „Schnelldamm“ (am Main) ab. Alle Menschen, die die Not unserer Zeit erkennen und durch praktische Arbeit mit besonnenen wollen, sind herzlich eingeladen, an diesen Zusammenkünften teilzunehmen. Jeder Erkennende stärkt unsere Sache durch Anmeldung seiner Mitgliedschaft.

Kreisgruppe Unterfranken. Die Tagung zur Gründung des Kreisverbandes Unterfranken findet am 16. Februar in Gemünden statt. Beginn: vormittags 1/10 Uhr im Gasthaus „Zum Löwen“, oberer kleiner Saal. Die Freunde des Kreises Unterfranken werden ersucht, zu dieser Tagung reitlos zu erscheinen. Rundschreiben folgt. Anträge, Wünsche und Anregungen betreffend des Kreises Unterfranken sind bis zum 10. Februar an den Freund Berthold Silberack, Würzburg, Rottendorferstr. 8, zu richten.

### Landesverband Rheinpfalz.

Ludwigshafen. Am 25. Januar hatten wir uns zu einer Jugendversammlung in Ludwigshafen zusammengefunden. Viele Freunde waren unserer Einladung gefolgt. Aus der ergebnisreichen und lebhaften Aussprache kam allgemein der Wille zum Ausdruck, die Jugend der Rheinpfalz in eine geschlossene Organisation der christlich-sozialen Jugend zusammenzufassen. Zu diesem Zweck soll am 23. Februar in Lambrecht ein Jungentreffen der pfälzischen Jugend stattfinden. Der nähere Ort und Zeitpunkt dieses Treffens wird noch bekanntgegeben. Wir rufen jetzt aber schon alle jungen Menschen der Rheinpfalz auf, für dieses Treffen die Werbearbeit aufzunehmen und sich dieses Tag freizulassen. Über die weiteren organisatorischen Arbeiten und Aufgaben der Jugend im Rahmen der Christlich-Sozialen Reichspartei wird dann auf diesem Treffen zu sprechen sein. — Brüder, schließt die Reihen. — Sendet Anmeldungen und Anschriften an P. Nikolaus, Ludwigshafen, Ruppertsstr. 129.

### Landesverband Rheinland.

Hamborn. In unserem Aufruf wurde irrtümlich die Streifennummer unseres Parteifreundes Körperlich, der die Bücherverleihung hat, falsch angegeben. Es muß heißen: Hermannstr. 29 und nicht 45.

## Kommunalpolitik.

Niederlahnstein. Unser neues Stadtparlament, in das wir mit 2 Freunden eingezogen sind, hat seit seiner Zusammenkunft bereits mehreremale getagt. Die alte Gemeindevertretung, besonders der alte Magistrat, hat uns als Erbe einen Nachtragsetat von fast 51 000 Mk. hinterlassen. Es ist geradezu unbegreiflich, wie man so verantwortungslos das Gemeinwesen verwalten konnte. Jetzt, nachdem der Karren im Dreck sitzt, soll er wieder flott gemacht werden. Die Taschen sperren mit Recht die Kredite, da sie sehen, wie das Geld stellenweise so nutzlos verpulvert wurde. Das Finanzschulden wird von selten unseres Bürgermeisters als das einzige Abhilfemittel gezipst. Er selbst hat ein Guthaben von 10 000 Mk., nebst 1200 Mk. Repräsentationsgeldem jährlich, dabei hat N.-L. cirka 5600 Einwohner, — man bedenke, dieser Nachtragsetat auf den Kopf der Bevölkerung umgelegt, macht fast 10 Mk. pro Kopf aus. Es ist direkt ein Schandfall! Wir machten zur Behebung dieser Finanznot Vorschläge und zwar: Herabsetzung des Gehalts, mit Rücksicht auf die Notzeit, auf 6000 Mk. Welterbesteuerung der Großbetriebe durch einen Aufschlag auf die Gewerbesteuer nach dem Kapital um 1000 %, wir hätten dann 1750 %. Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer nach dem Ertrage lehnen wir ab mit Rücksicht auf die ohnedies so starke Belastung der Klein- und Mittelbetriebe und Handwerksmeister. Bei unserem Vorschlag der Erhöhung nach dem Kapital betonten wir, daß Betriebe mit einem investierten Kapital unter 8000 Mk. nicht erfaßt werden dürften. Unser Vorschlag wurde abgelehnt mit der Erklärung, dieser Weg ist nicht gangbar. Wir erklären demgegenüber, er ist doch gangbar und wir werden nicht eher ruhen, bis er beschritten wird. Des weiteren machten die Kommunisten den durchaus berechtigten Vorschlag, eine Wohnungsluxussteuer zu erheben, der nach wie vor unsere Zustimmung finden wird. Auch diese Steuer wurde abgelehnt mit der Begründung, also alle Maßnahmen, die zur steuerlichen Belastung der Besitzenden getroffen werden sollen, sind — ungesetzlich. Gesetzlich ist nur die Besteuerung der kleinen Leute, der breiten Massen. Wann kommt hier

das Erkennen, besonders für den stetig mehr und mehr versinkenden Mittelstand? Scheinbar — lit's ihm noch sehr gut, sonst wäre die am 25. 1. von uns veranstaltete öffentliche Versammlung (120 schriftliche Einladungen waren erlangt) besser besucht gewesen. Freund Kohl, Wiesbaden, sprach eingehend über die Nöten und Beschwerden des Mittelstandes. Klar stellte er die Trennungslinien zwischen der materialistischen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der sittlichen Gemein- und Planwirtschaft heraus. Somit zeigte er den Anwesenden, die seinen Ausführungen großes Interesse entgegenbrachten, den richtigen Weg zur Befreiung aus dieser Steuerlast, von dieser Zinsknechtschaft usw., nämlich Schulten an Schulten mit der Werk-tätigkeit zu kämpfen um eine neue Welt, die Welt des christlichen Sozialismus aufzubauen. Anschließend an die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Freundes Kohl sprach Freund Streit, der Mitglied der Finanzkommission, der Finanzdeputation und des Wohlfahrtsausschusses ist, über das eingangs erwähnte Schmerzenskind unserer Stadt, den Nachtragsetat. Die einzelnen Ausgabenposten wurden einer eingehenden Kritik unterzogen und an Hand der Situationsordnung für Hosen-Naseau die Einschränkung- und Abtragungsmöglichkeiten besprochen. Größte Sparsamkeit am richtigen Platz, jedoch nicht am Wohlfahrtsstat, schloß Freund Streit seine Ausführungen. Die einsetzende Ansprache, an der sich zwei Vertreter des Zentrums (Stadt- und Kreisrat) sowie einige Freunde beteiligten, bewies, daß die Ausführungen gute Aufnahme gefunden hatten, wenn auch bei den kommunalpolitischen Belangen abweichende Einstellungen sich bemerkbar machten. Freund Langbach schloß mit kurzen Dankworten die interessant verlaufene Versammlung. Freunde, wir marschieren! Konf hoch!

Saarbrücken. Am Dienstag, den 21. Januar fand in Saarbrücken eine Sitzung des Landrats abt. mit folgender Tagesordnung: 1. Änderungen des preussischen Knappschaftsgesetzes vom 17. Juni 1913. 2. Änderung des 4. Buches der Reichsversicherungsordnung. 3. Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte, 4. Lehrstellenstellung. 5. Ermächtigung von Beamten der Jugendämter zur Aufnahme vollstreckbarer Verpflichtungserklärungen zum Unterhalt unehelicher Kinder. 6. Einführung des bayer. Ge-

setzes über die Erschließung von Baugelände vom 4. VII. 1913. Zu Punkt 1 führte der Vertreter der Christl.-Soz. Partei folgendes aus: Zunächst möchte ich die Regierungskommission auf die Denkschrift der 7. Kommission hinweisen, in der die notwendige Begründung enthalten ist. Der Zusehuf der Regierungskommission muß auch von meiner Partei als zu gering bezeichnet werden. Wenn der Regierungsvertreter in der Kommissionssitzung erklärt hat, der Zusehuf sei zunächst eine Maßnahme zur Sanierung der Pensionskasse, so muß daran erinnert werden, daß die Bergarbeiterorganisationen schon seit Jahren die Sanierung der Pensionskasse gefordert haben. Daß das Defizit so groß wurde, ist die Schuld der Bergwerkdirektion und der Aufsichtsbehörde. Ein anderer Grund ist der Abbau der Belegschaft, Rationalisierung. Sodann die Folgen des Krieges, beinahe 1000 Kriegserwitwen im Saarbrücker Knappschaftsverein, ebenfalls einige Tausend Waisen. Auch die Krankenkasse hat unter den Folgen des Krieges sehr gelitten, denn noch heute ist manche Krankheit bei den Bergarbeitern eine Folge des Krieges, sodaß die Bergarbeiter sich trotz hoher Beiträge mit einem niedrigen Krankengeld begnügen mußten. Trotzdem haben die Bergarbeiter bei der Mark-Inflation freiwillig besondere Beiträge bezahlt, damit die Bezüge der Pensionäre, Witwen und Waisen erhöht werden konnten. Dadurch wurden doch die Kommunen in ihren Wohlfahrtsstaten entlastet. Die Regierungskommission muß doch zeigen, daß sie für die Arbeiter eines so gefährlichen Berufes mehr übrig hat und nicht nur bei Katastrophen die Arbeiter bedauern. Bezugs der Wahl der Knappschaftsältesten stimme ich für die Verhältniswahl. Ich bitte die Regierungskommission, dem Gutachten der Kommission zu entsprechen. Bei Punkt 2 führte Freund Backes aus, daß es nach Artikel 1 zu begrüßen sei, daß die Hinterbliebenen solcher Versicherter, die am 1. Januar 1913 bereits verstorben waren, oder die an diesem Tage im Sinne des deutschen Invaliden-Versicherungsgesetzes erwerbsunfähig waren, jetzt die Witwenrenten erhalten. Dann stimme ich den Beschluß der Kommission zu, die Verordnung am 1. Okt. 1920 statt 1. Jan. 1920 in Kraft treten zu lassen. Dann muß ich bedauern, daß diese Härte bleibt, die auch im deutschen Gesetz ist, daß diejenigen Witwen, welche vor 1912 die Beiträge

Anchen. Unsere Monatsversammlung findet am Freitag, den 7. Februar, 19 1/2 Uhr, im Restaurant „Ratskeller“ am Markt statt. Tagesordnung: Besprechung der politischen Lage. Alle Mitglieder, Parteifreunde und Leser des „Neuen Volkes“ sind hierzu freundlichst und dringend eingeladen.

Stadtverband Essen. Die Jahreshauptversammlung findet am Sonntag, den 9. Februar, vorm. 11 Uhr, im Lokal „Der Post“, Essen-West, Ecke Kerkhoff- und Margaretenstraße, statt. Die Mitglieder und Leser des „N.V.“ werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Stadtkreis Mülheim-Ruhr. Auf Grund unserer Wahlergebnisse haben wir festgestellt, daß von den 75 Wahlbezirken in Mülheim-Ruhr in 67 Bezirken Stimmen für die CSRP abgegeben worden sind. Ferner haben wir festgestellt, daß ein Teil dieser Wähler das „Neue Volk“ durch die Post beziehen. Um aus den Ausbau unserer Ortsgruppe Mülheim-Styrum organisatorisch weiter zu betreiben, bitten wir unsere Freunde, besonders diejenigen, die das „Neue Volk“ durch die Post beziehen, ihre Adresse an Johann Penzlack, M. Styrum, Schützenstraße 14, einzusenden zu wollen. Freunde, es gilt nun diesen Erfolg, den wir bei den letzten Wahlen errungen haben, wenn er auch minimal ist, auszuwerten und unserer Bewegung den ihr gebührenden Platz auch hier in Mülheim-Ruhr zu verschaffen.

Der Vorstand der CSRP, Mülheim-Ruhr, I. V.: Joh. Penzlack.

Gau Mittelrhein und Lahn.

Kreis Neuwied u. Umgebung.

Ortsgruppe Engers/Rhein. Am Donnerstag, den 30. Jan., abends 8 Uhr, spricht Freund Jos. Held, Redakteur, Köln, hier in einer öffentlichen Volksversammlung im Saalbau „Deutsches Haus“, Bendorferstraße. Thema: „Daselbstkampf und Menschenrecht“. Freie Aussprache. Es wird wiederum mit der Teilnahme der gesamten Bürgerschaft gerechnet.

Gladbach b. Neuwied. Freitag, den 31. Jan., abends 8 Uhr, findet im Saale Jak. Hillen hier eine öffentliche Volksversammlung statt. Redner Redakteur Jos. Held, Köln, spricht über „Daselbstkampf und Menschenrecht“.

Helmhach-Weis b. Engers. Samstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr große öffentliche Volksversammlung im Saale Jak. Höfer, Helmhach, „Gasthaus zur Traube“. Thema: „Das Sparkassenbuch des schaffenden Volkes“. Referent Redakteur Freund Jos. Held, Köln. Es wird auch hier, da Freund Held kein Unbekannter ist, mit einer Massenbeteiligung gerechnet werden.

C.S. Jugend Amt Engers. Am Sonntag, den 2. Februar, vormittags 11 Uhr, findet im Gasthaus „zur alten Post“, Joh. Geesch, Schunkert, Engers, Alleestraße, eine Jugendversammlung statt. Freund J. Adelfang, Engers, spricht über „Das Wollen der christlich-sozialen Jugend“. Anschließend Gründung der C.S. Jugend für den Amtsbezirk Engers. Auch junge Freunde von auswirts sind zu dieser Veranstaltung willkommen.

Hellich b. Neuwied. Am Sonntag, den 2. Februar, nachm. 3.30 Uhr, findet hier im Saalbau „Germania“, Inh. Jos. Menningen, eine öffentliche Volksversammlung statt. Thema: „Volksstaat oder Machtstaat? Ausbeutung oder soziale Gerechtigkeit? Krieg oder Frieden?“ Redner Freund J. Held, Redakteur, Köln.

Neuwied/Rhein. Sonntag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, findet in Neuwied, Hotel „Hohenzollern“ (Sängersaal), eine öffentliche Versammlung statt. Redakteur Freund Jos. Held, Köln, wird über alle das Handwerk und den Kleinhandel betreffenden Fragen referieren. Auch wird anschließend unser Kreisratsmitglied Freund Theodor Didi, Behredermeister, Engers, über Kreis- und Kommunalfragen sprechen. Die Freunde aus der Umgebung werden gebeten, sich rechtzeitig an dieser Versammlung zu beteiligen, zumal die Stadt Neuwied für uns noch als Neuland zu betrachten ist.

Der Kreisvorstand bittet die Parteifreunde, die Veranstaltungen, in welcher Freund Josef Held spricht, rechtzeitig zur Mitgliederwerbung und Gewinnung, sowie neue Leser für unsere Kampf- und Wochenchrift „Das Neue Volk“ zu verpflichten. Anschließend an jede Veranstaltung findet eine kurze Besprechung der Parteifreunde statt. Der Kreisvorstand: J. Adelfang, Schriftführer.

Landesverband Hessen-Nassau.

Bezirksgruppe Fulda. Am Sonntag, den 2. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr, findet in der Gastwirtschaft „Zur alten Post“ in Fulda unsere diesjährige Generalversammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. Große Aufgaben sind uns für die Zukunft hier im Fuldaer Lande gestellt, und es gilt jetzt, alle Kräfte zu sammeln. Darum fehlt keiner. Auch die Vertreter aus dem Kreise Hünfeld und Gerstfeld sollen nach Möglichkeit erscheinen. Leser des N.V., welche noch nicht Mitglieder sind, wollen sich sofort melden. Auch die Leser des Kreisess Schlichtern wollen ihre Anschrift geben an Artur Broeyer, Buchrain, Fulda-Land.

Wiesdorf (Ndrh.). Die Ortsgruppe hat ihre diesjährige Generalversammlung am Montag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im oberen Saale der Ww. Mourath in Wiesdorf, Hauptstraße. Die Tagesordnung wird vor Beginn der Versammlung bekanntgegeben. Alle Parteifreunde und Leser des N.V., sowie deren Frauen sind zur Versammlung herzlich eingeladen. Wir bitten um pünktliches und vollständiges Erscheinen. Der Vorstand.

Landesverband Westfalen.

Bezirk Bottrop. Am Montag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokale Kruse-Vieth, eine öffentliche Versammlung der „Selbsthilfe der Arbeit“ statt. Referent: Otto Lautenbach. Thema: Arbeiter und Hausparkasse. Zu dieser Versammlung laden wir unsere Freunde, die nach einem eigenen Heim streben, besonders ein.

Am Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, findet im selben Lokale unsere monatliche Bezirkskassierung statt. Besprechung der Vorbereitung für unsere Generalversammlung. In jeder Sitzung hat der Kassierer Marken bei sich und ein jeder muß seine Parteiliste mitbringen, um dieselbe in Ordnung zu bringen. Nur wenn der Vorstand und Kassierer ihre Sachen in Ordnung haben, kann man auch die sonstigen Mitglieder ansprechen.

Witten/Ruhr. Am Samstag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet unsere diesjährige Generalversammlung statt. Wir bitten alle Leser des „Neuen Volkes“ und alle Parteifreunde, sich vollständig mit ihren Angehörigen zu beteiligen. Eine besondere Einladung ergeht nicht mehr. Landesverband Saargebiet.

Wemmelweiler/Saar. Wir marschieren! Nicht durch die Straßen, nicht an Kirchhöfen, nicht auf öffentlichen Plätze, nein, wir marschieren heute am 19. Januar auf die Bühne. Die Partei der Jugend, keine Großväter, keine Horrapatrioten, keine Schwächlinge, nein, junge Menschen, die erst am Anfang ihres Lebens stehen, deren Hände aber schon tiefe Hilfen, Zeichen der Frau, tragen, treten vor die Menschheit und werfen die Packel des Aufbruchs des neuen Menschen von der Bühne in die bekümmerten Herzen der armen Proletariermänner und -Frauen. Was gibt das moderne Theater, „die Kunst“, heute dem Proleten zum Aufbau seiner Weltanschauung? Sind wir doch ehrlich, müssen wir uns nicht als antikapitalistische Front gegen diesen ganzen Schmutz und gegen diese heuchlerische Falschheit dieser uns irremachenden Zeitgeistbewegung radikal gegenüberstellen? Was heißt für den Proleten „Revue“ Operette, I. Platz 60.— Frs? Filmstar so und so usw.? Was wird heute noch in den Schauspielhäusern geboten? Meistens Schildder von Wucher, Diebstahl, Mord, Eifersuchtsdramen der heillosen Klassen. Die Besucher sind immer ein und dieselben. Aber der Arbeiter hat dort keinen Platz. Es ist ja auch nichts für ihn. Nein, gehen wir ans Werk, macht es uns nach, spielt selbst, Proleten, Arbeiterjugend und -Mädels. Spielt Stücke, die euren Freunden neuen Mut und neue Kraft geben. Die Stücke sollen den Zweck haben, die jüngeren Leute fester mit der Idee, der Befreiung des Proletariats, vertraut zu machen, andere wieder wach zu machen für das Elend, die Not, Aufreißer — helfen — keine Plüsterchen oder Reformpolitik. So bekommen wir den Menschen ganz. Die „Spiel- und Wanderschar“ der christl.-soz. Jugend, so nennen wir uns. Wir versammeln unsere Freunde und die Jugend zu einer Wettschichtfeier. Trotzdem in sämtlichen Schulen den Kindern verboten war, zu uns zu kommen, trotzdem die Kanzel in drei Mosen die „Warnung der Bischöfe“ zum zweitenmale über sich ergehen lassen mußte, mit der Hinweisung, dieses Theater, das ein „frommes“ Theater sei, aber zur Propaganda sehr geeignet sei, nicht zu besuchen, waren unsere Freunde doch zu dem Abend erschienen. Besonders eine große Anzahl von Frauen, die wir begrüßen. Die sonst so ruhigen Arbeiter waren wie Kinder bei unseren Spielen, froh, zufrieden, ruhig. Zuerst ein Krippenspiel von Hella Krell, es ergreift die Leute — Christlich — Dann die wuchtigen Sprechstücke und die proletarischen Gedichte mit dem Spiel von Helus Steuwer. „Die frühlichen 3 Könige“ waren — sozial — So war der Abend echt „Christl.-sozial“, Das war unser Anfang. Auch unsere weiteren Spiele, die wir noch bekanntgeben, sollen eine wichtige Aufgabe sein gegen alles, was dem Arbeiter sein menschenwürdiges Leben unmöglich macht.

„Du Volk aus der Tiefe, Du Volk aus der Nacht verzeih nicht das Feuer, bleib' auf der Wacht!“ Wendel Krämer.

Uchtelfangen. Der Kampf um die Rechte des schaffenden Volkes geht weiter, auch hier in Uchtelfangen. Bei den Kommunalwahlen haben wir zum Ersten unserer Gegner, hauptsächlich des Zentrums, 3 Mandate im Gemeinderat bekommen. Man hatte uns in diesem Lager keinen Sitz zugestanden und nun dieser Erfolg. Wir werden unseren Wählern zeigen, daß wir ihr Vertrauen nicht, wie es von anderen Parteien schon so oft geschehen ist, mißbrauchen.

— Man hat einen Kampf gegen uns geführt, wie er schlimmer nicht sein konnte, alles wurde aufgeboten, um unsere Leute Kopfscheu zu machen, doch die waren nichtstärker wie mancher unserer Gegner und ließen sich von den schönen Wahlversprechungen nicht mehr irren machen. Unser Kampf gilt dem Kapitalismus in jeder Form und überall. Mag man uns deshalb als die Partei der „Unzufriedenen“ abstempeln. Wir wissen nur zu gut, daß nicht nur wir unzufrieden sind mit den bestehenden Systemen, sondern auch in den Lagern der anderen Parteien diese Unzufriedenheit herrscht, besonders wenn es sich um Angehörige des schaffenden Volkes handelt. Wir können das verstehen und machen niemand daraus einen Vorwurf, im Gegenteil, kein Mensch kann mit dem heutigen kapitalistischen System zufrieden sein. Dieses Ausbeutungssystem, das nur Elend, Not und Unzufriedenheit zeugt, kann kein Mensch als gottgewollt betrachten und darum kämpfen wir aus innerem Drang nach Gerechtigkeit für das Recht der Opfer dieses Systems. Jene aber, die in guter Position mit auskömmlichen Gehältern aus der Unzufriedenheit bestehenden, fragen wir: was habt ihr bis heute getan, um den Frieden zu erhalten, d. h. die Not und das Elend zu bekämpfen? — Wir wissen, ihr müßt schweigen, weil ihr nicht viel, oft gar nichts aufzuweisen habt, weil ihr den Mut nicht habt, der heutigen gottlosen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mit der ihr zunehmenden Schärfe entgegenzutreten. Schimpft nicht über die „Unzufriedenen“, sondern helft ihnen, den Frieden zu schaffen. — Unsere Gemeindevorsteher sind: Anton Schmidt, Kaiser, Gartenstraße 3; Albert Stimmer, Uchtelfangen, Herstr. 19; Alois Kolling, Uchtelfangen, Schulerstr. 19.

„Vom frohen Leben“. Immer wieder müssen wir davon sprechen und schreiben. Aber wichtiger noch wie Sprechen und Schreiben ist, daß wir ein frohes Leben wirklich leben. Und ein frohes Leben zu gestalten, dazu hilft die Monatschrift „Vom frohen Leben“. Es sind gerade zwei Hefte herausgekommen, ein Friedensheft und ein Freudeheft. Beide Hefte sind so reich, daß sie gar nicht auszuschöpfen sind. Die Hefte sind auch im Einzelzug vom Verlag der Scholle, Berlin-Weißensee, Ebersstr. 17, zu beziehen.

Schulungskursus.

Es ist uns in der CSRP, nicht leicht gemacht, im Reichsausschuß einen Schulungskursus praktisch durchzuführen. Entscheidend ist hier zunächst die Frage der Mittel. Weiterhin steht auch unseren Freunden kaum die notwendige Zeit von 8—14 Tagen zur Verfügung. Wir wollen aber doch versuchen, zu erreichen und durchzuführen, was eben möglich ist.

Darum bitten wir heute schon unsere Freunde, die an einem Kursus teilnehmen wollen, sich zu melden. Geplant ist ein Kursus im Herbst dieses Jahres, wahrscheinlich in Würzburg. Die Freunde, die einen Kursus mitmachen wollen, können vielleicht ihren Urlaub dazu benützen. Niemand teile mir mit, wenn entsprechende, natürlich noch unverbindliche Voranmeldungen eingehen. Zuschriften an die Reichszentrale der CSRP, Würzburg, Karthaus 11a.

Würzburg. Der Bund deutscher Bodenreformer, Ortsgruppe Würzburg, veranstaltet am Freitag, den 31. Jan., abends 8 Uhr, eine Versammlung im Alhambraaal, in welcher der Geschäftsführer des Bundes, Herr Dr. Wagenbach, Berlin, über das Thema „Ein Weg aus der Finanz- und Wohnungsnot“ sprechen wird. Wir bitten unsere Freunde, sich zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Zwischen zwei Meeren. Der Film „Zwischen zwei Meeren“, der am 2. II., vorm. 10 Uhr, im Rahmen des Gastespiels der Bayerischen Landes-Filmtheater in den La-Li zur Vorführung kommt, bedeutet für den Zuschauer eine bequeme und dabei außerordentlich ergiebige Reise durch Persien und die Märchenwelt Indiens. Von Syriens Hafenstadt Beirut aus führt der Weg am Idhanon vorbei durch die Wästen Syriens. Städte, Flüsse, Tempel, Zeltlager, — jedes Bild hat neues Interesse. Wir haben hier zweifellos einen der wertvollsten und lehrreichsten Kulturfilme vor uns, die bisher geschaffen wurden. Von ganz besonderem Interesse ist der Film schon allein deshalb, weil er zwei im 19. Jhd. noch als rieselnde monophlebe Volksstämme aus den Vorbergen des Himalaya in ihren Sitten und Gebräuchen schildert.

Künstliche Augen werden nach der Natur in Anwesenheit der Patienten angefertigt und eingepaßt in Würzburg, am 12., 14. u. 15. Februar. Siehe auch Inserat der Pa. Ad. Müller Söhne, Anstalt für künstliche Augen, Wiesbaden, in heutiger Nummer.

Wer hilft?

Wer gibt ein Darlehen von 2—2500 M. auf schuldenfreies landwirtschaftl. Anwesen gegen Hypothekensicherheit und guten Zins? Zuschriften unt. Nr. 110 an „Das neue Volk“.

Offene Antworten.

Mültenbach. Man will auch dort den Prozess machen, weil ihr es genug habt, außerhalb Mültenbach von unseren Propagandakarten „Wie lange noch? — Hinein in die Christlich-Soziale Reichspartei“ zu verkaufen. Die hochblöbliche Polizei, der ja eine solche Karte ein besonderer Dorn im Auge sein muß, verlangt von euch, ihr sollt euch einer Bestrafung durch den Regierungspräsidenten unterwerfen, oder die Sache ginge ans Gericht. So oder so, recht machen werdet ihr es der kleinen und großen Obrigkeit doch nie. — Weil ihr keinen Gewerbeschein hattet, um eine 10-Pfennig-Karte zu verkaufen, deshalb sollt ihr bestraft werden. Die Sorgen eurer Polizei möchten wir haben. — Ist die auch so eifrig hinter den großen Schwarzhindern her? Über die juristische Seite der Angelegenheit werden auch wir noch ein Wörtchen mitreden. Eure Polizei soll sich inzwischen mal genau die Paragraphen über den Vertrieb von Druck- und Verlagsartikeln ansehen. — Doch allen Ernstes: Freunde, die ganze Aktion hat einen reinen politischen Hintergrund. Wir wissen, daß die CSRP, schon lange ein besonderer Liebling der Behörde ist. Auch anderorts, wie im Aachener Gebiet, schneift die Polizei hinter unseren Leuten her. Laßt euch dadurch nicht hängen machen. Die Polizei muß ja unsere heutige „staatsliche Ordnung“ schützen. Dafür wird sie ja von diesem Staat der himmelstreichenden Unordnung bezahlt. Sagt eurer Polizei in Mültenbach, wenn sie sonst keine Arbeit hätte als hinter euch her zu sein, dann sollte sie sich pensionieren lassen, denn das Geschäft mache sich letztlich schlecht bezahlt. — Wenn euer Herrscher behauptet, das „Neue Volk“ sei vom Bischof verboten, dann liegt er. Bis heute hat noch kein Bischof das „Neue Volk“ verboten, weil er es nicht verbieten kann. Er kann höchstens den Gläubigen verbieten, es zu lesen, aber auch ein solches Verbot ist bis heute noch von keinem Bischof erfolgt. Das weiß aber auch euer Pastor, er sollte sich daher schämen, mittels anderer Mittel mit der Lüge zu versuchen, die CSRP, in Mültenbach mundtot zu machen.

zurückbezahlt bekommen haben, jetzt auf die Renten keinen Anspruch haben. Ich bitte daher die Regierungskommission, durch eine besondere Verordnung diese Witwen den anderen gleich zu behandeln, da nach meiner Schätzung höchstens 200 in Frage kommen. Punkt 3, 4, 5 und 6 wurde nach den Beschlüssen der Kommissionen genehmigt. Hoffentlich wird die Regierungskommission den Staatsschuldenerhöhung, damit auch eine Erhöhung der Pensionen eintritt.

Dillingen (Saar). Am Donnerstag, den 22. Januar fand die erste Sitzung des Gemeinderats im neuen Jahre statt. Die Mitglieder waren erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Freund Lorig verschiedene Anfragen an den Vorsitzenden, Bürgermeister Nikola. Die Antwort auf die Anfrage sagt der Herr Bürgermeister unter Punkt 9 Anfragen und Mitteilungen zu. Weiter stellt Freund Lorig den Antrag, den Punkt, der in letzter Sitzung beraten werden soll, in öffentlicher Sitzung zu beraten. Der Antrag wurde von verschiedenen Parteien unterstützt, sodaß der Vorsitzende die Öffentlichkeit rief. Zur Tagesordnung übergehend wurde zunächst der neue Gemeindevorsteher in sein Amt eingeführt. An seine Stelle wurde ein neues Mitglied in das Kollegium eingeführt. Anträgen auf Gewährung eines Stanzschusses durch den Kreis wurde einstimmig zugestimmt. Freund Lorig bittet die Verwaltung, beim Kreis dahin zu wirken, daß der Arbeiterschaft nicht unnötige Kosten durch Stellung dieser Anträge entstehen. Die Verwaltung sagt zu, dies zu tun. Anträge auf Übernahme von Bürgerschaften wurde ebenfalls von selten der CSRP, durch Freund Dittgen zugestimmt. Diese Anträge wurden ebenfalls fast einstimmig angenommen. Dem Erwerb von Straßenland wurde ebenfalls zugestimmt, doch bittet Freund Lorig, die Vertretung und Verwaltung, bei dem Erwerb des Straßenlandes nicht mit zweifelhafte Maß zu messen, sondern alle Bürger gleich zu stellen, denn es sei vorgekommen, daß kleinere Leute noch nichts für ihr abgekauftes Straßenland bekommen hätten, währenddem man bei andern mit der Bezahlung schneller da sei. Der Antrag auf Lieferung kommunalpolitischer Zeitschriften auf Kosten der Gemeinde für jedes Gemeinderatsmitglied nach freier Wahl wurde mit allen Stimmen gegen 2 stattgegeben. Von der CSRP, wurde der Verwaltung mitgeteilt,

daß wir unser Blatt später angeboten werden. Der Antrag auf Nichtbeteiligung von Gemeinderatsmitgliedern und Kommissionsmitgliedern bei Vergabe von Lieferungen und Arbeiten durch die Gemeinde entzesselte eine größere Aussprache. Die Vorlage war 1923 schon einmal beschlossen, wurde aber wieder nachträglich aufgehoben, als einige Unternehmer glaubten sie müßten auch an der Gemeinde Geld verdienen durch ihr Amt als Kommissionsmitglieder. Denn als Kommissionsmitglied hört man immer mehr und genauer als andere Unternehmer. Freund Lorig stellt sich mit allen Mitteln für den Antrag, denn die Bevölkerung sei der Meinung, diese Herren Unternehmer, die im Gemeinderat sitzen, würden alle Arbeiten an sich reißen, da auch die Gemeindebeamten diesen Herren mehr Entgegenkommen zeigten als Außenstehenden. Daß der Antrag einem Bauunternehmer im Gemeinderat sehr naheging, bewies dieser dadurch, daß er in der Aussprache sehr ausführlich wurde, was ihm eine Rüge des Vorsitzenden einbrachte. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an die Bankkommission überwiesen. Die Besetzung einer Technikerstelle für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsangelegenheiten rief ebenfalls eine längere Debatte hervor. Die CSRP, erklärte Freund Lorig, sei nicht gegen die Schaffung einer Stelle, aber ob das eine Beamtenstelle sein müßte, da könnte man anderer Meinung sein, im übrigen sei die Stelle heute noch verfrüht, denn wir wüßten noch gar nicht, wann die Gasleitung gebaut würde. Wir bitten, die Sache zurückzustellen bis dahin. Auch andere Vertreter waren derselben Ansicht, jedoch eine Mehrheit beschloß, die Stelle auszuschreiben. Es erfolgte nun die Antwort auf die Anfragen des Freundes Lorig, die zufriedenstellend ausfiel. Damit hatte die interessante Sitzung ihr Ende erreicht.

Werkblatt

für Lebenserneuerung und christlich-soziale Tat „Der barmherzige Samariter“ Hat Du es schon bestellt? Bestellungen für Würzburg nimmt entgegen: GUSTAV RICHTER, Würzburg, Schustergasse 9/II.

**Preiswerte Gardinen- und Dekorationsstoffe**

Trotz unseren bekannt niedrigen Preisen bei allen Bareinkäufen grüne Rabatt-Sparmarken

**Landhausgardinen** weiß und farbig gemastert, 50/75 cm breit Meter **35** - 1,10, -90, -90 und

**Schweden- und Künstlerleinen** moderne, entzückende Streifen, 80/130 cm breit Meter **120** - 2,40, 1,90, 1,50 und

**Nessel** bedruckt, Indanthren, 130 cm breit Meter **180** - 2,90, 2,40 und

**Spannstoffe** englisch Tüll, weiß und sandfarbig, 90/140 cm breit, Meter **150** - 2,90, 2,40, 1,50 und

**Kunstseide** bedruckt, Indanthren, neue Muster 130 cm breit Meter **320** - 4,60, 3,90 und

**Rips-Flammé** viele aparte Farbstellungen, Indanthren, 130/130 cm breit Meter **350** - 5,50, 4,50 und

**Halbstores** Tüll, moderne Ausmusterung Stück **250** - 8,50, 6,50, 3,70 und

**Künstler-Garnituren** Stielig Tüll, Elinin Madras geschmackvolle Zeichnungen Garnitur **420** - 10,50, 8,-, 6,50 und

**Stores** Meterware, für besonders breite Fenster, neueste Muster Meter **550** - 10,90, 8,50 und

**Anfertigung moderner Dekorationen** nach eigenen und gegebenen Entwürfen bei billiger Berechnung. Unverbindliche und kostenfreie Beratung.

Versand von **20,-** an portofrei. Muster auf Wunsch zu Diensten.

**Wilhelm Zapff**  
WILHELMSTRASSE 108 - 2, LUDWIGSHAFEN  
WÜRZBURG

**Bitte!**

Welcher Freund der C.S.R.P. wäre in der Lage, einem Handwerkermeister z. Kauf eines Hauses RM. **5 - 6000** auf 1. Hypothek z. leihen. Eine Wohnung könnte für den Freund eingerichtet werden. Zuschriften mit N. B. 1000 an „Das neue Volk“

**Troxilla, Bonbon, faulan, Husten**

Heiferkeit Bronchialkatarrh.

In allen Apotheken erhältlich - stets vorrätig: in den Apotheken Würzburg, Heilbronn, Röttingen.

**N'chtrauder**

Auskunft kostenlos. Santa-Depot Heilbronn S. 932

**Schreibmaschinen** neu und gebraucht, in jeder Preislage. Bodenarbeiten von 5 Mk. ab.

**Christian Schmitt,** Raiffeustraße 12.

**Für Lumpen, Eisen, Papier u. Metalle etc.**

zahlst stets die höchsten Tagespreise

**Franz Bauer**  
Innerer Graben 20,

Abholungen werden auf Wunsch prompt vorgenommen. Samstags geöffnet.

**Farbänder für alle Systeme**

und Kohlepapiere in bester Qualität, Durchschlag- und Schreibmaschinen-Papiere können Sie vernünftiger bei

**Egid Müller**  
Schreibmaschinen und Zubehör  
Telefon 4043 - Neubausstraße 7

**Koks!**

Infolge Vergrößerung der Produktion sind wir in der Lage Koks wie folgt zu liefern:

Muskoks M. 1.10 ab Werk M. 1.10 " " ab Werk.  
Perikoks M. 0.80 " " ab Werk.

**Bauschein-Werk**  
Würzburg-Zell.

**Künstliche Augen**

fertigen n.d. Natur u. passen ein

**R.A. Müller Söhne Wiesbaden**  
in Würzburg, Univeritäts-Augenklinik, Röntgenring 12, am 14. und 15. Februar.

**Deutsche Geschichte**

Von Hermann Pianow.

Volk und Staat in 100 Jahren

Ansichtssendung unverbindl.

**Kostenlos** einen Prospekt. Verlangen sie durch

**A. STUBER'S Buchhandlung**  
Würzburg I

Zur Übernahme meiner Versandfilialen suche ich überall Persönlichkeiten. Monatlich Verdienst 160 Mk. Kapital u. Kenntnisse nicht erforderlich. Kein Reisen, noch Hausieren, angenehm. Arbeiten. Hause.

**Karl Röhl, Hainstadt**  
Kr. Offenbach Mühlgasse 16

**Einzig und allein:**

Das Beste und größte Spezial-Verandhaus für Art Deutschlands

**Mitteilung:**

Meine alten Kunden sandten mir im letzten Jahre **900000 Nachbestellungen!**

Warum dieser gewaltige Andrang zu wiederholten Bestellungen? Antwort! naturgemäß nur wegen der Güte der Waren und wegen der niedrigen Preise. Unter riesigen Warenmengen erhielt ich außerdem über **400 kompl. Eisenbahnwagenladungen** Waren zur Abfertigung der einzelnen Monatsbestellungen im letzten Jahre!

**Heute erneute Profiterabestellungen!**

Gültig nur kurze Zeit.

Nr.	Artikel	Preis	Mk. P.
70	Baumwollgewebe	weiblich, für einfache Gardinen usw.	0.15
71	Wischtücher	gute Sorte, strapazierbar 45x60 cm	0.15
72	Hemdentuch	weib, etwas leichtere Sorte	0.27
73	Baumwolltuch	weiblich, etwas leichtere Sorte	0.27
74	Hemdentüchlein	Indanthren-gestrichelt, aus guten Garnen	0.27
75	Hemdtücher	solide Strapazierware 40 cm	0.27
76	Hemdentuch	weib, gute Gebrauchsware	0.37
77	Baumwolltuch	weiblich, halbt. Sorte aus guten Garnen	0.37
78	Hemdentüchlein	Indanthren-gestrichelt, sehr solid und haltbar	0.37
79	Hemdtücher	gute Strapazierqualität 40 cm	0.37
80	Hemdentuch	weib, für gute Wäschestücke 80 cm	0.47
81	Baumwolltuch	weiblich, kräftig, fast unverwundlich	0.47
82	Hemdentüchlein	Indanthren-gestrichelt, besonders unzerstörlich	0.47
83	Zephir	bessere Sorte, schöne mod. Muster	0.47
84	Hemdtücher	besond. dicht gestricelt, kräft. Strapazierqualität	0.47
<b>Nachstehend besonders ausprobierte Qualität!</b>			
85	Hemdentuch	weib, varzt. Qualität 80 cm	0.57
86	Baumwolltuch	weiblich, stark, fast unverwundl. Spezialqual.	0.57
87	Hemdentüchlein	Indanthren-gestrichelt, best. Strapazierqualität	0.57
88	Zephir	sehr schön, dicht gestricelt, aus edlen Garnen, elegant	0.57
<b>Besonders vorzüglich! Vorübergehende Abgabe!</b>			
89	Schlafdecken	sehr solide Gebrauchsware, ca. 900 Gramm schwer	2.25
90	Maccotuch	weib, garantiert rein ägyptisch, für besonders feine bessere Hemden und Wäschestücke	0.77
91	Hemdentüchlein	Indanthren-gestrichelt, fast unverwundl. Qualität	0.67
92	Hemdentuch	weib, feinfügig, dicht gestricelt, schliessl. vorzügl. prima Qualität, jedoch nicht vollkommen rein, weil gebleicht	0.60
93	Gardinen	schöne Vorhangstoffe, aus prima feinsten Garnen mit edlen Indanthren-goldfarbenen Nadeln, etwas durchsichtig gewebt	0.33
94	Damentaschentücher	weib, Macconstr. reines, feinfügig, besonders hübsche Qualität	0.85
Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 50 Stück, an einen Kunden. Versand per Nachnahme von Mk. 10,- an. Postfreie Lieferung von Mk. 30,- an.			
<b>Zuschnahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückbehaltung des vollen Betrages, wenn trotz der Mitteilung etwas nicht entgegengekauft wird. Zurückbehaltung des vollen Betrages auch dann, wenn für nicht die volle einwandfreie Übergabe des vollen Betrages unter Verzichtnahme der vollen Qualität, bedauernd billiger als anderwärts sind.</b>			
<b>10 Prozent Preise mäßigung</b> auf alle Bestellungen über Mk. 20,-. Auf besonderen Wunsch werden an Stelle der 10% folgende Waren kostenlos abgegeben:			
1. schöne gestricelte Wäsche oder Strumpf oder 1. solide, mittlere Schlafdecke oder 1 Meter zurück gestricelte Stoffe.			
<b>Josci Witt, Weiden 284 Obpl.</b> Eigene mechanische Weberei. - Beste und größtes Spezial-Verandhaus für Art Deutschlands			

Nach reichlich gesammelten praktischen Erfahrungen in einer nahezu 25-jährigen Fachtätigkeit auf dem Gebiete der modernen

**Zahnbehandlung Zahnersatz**

habe ich mich in Würzburg niedergelassen.

Meine Praxis befindet sich **Ludwigstr. 23 1/2, part.** (alt. A. Lashoffhaus)

**Otto Müller**  
Dentist

Röntgen-Untersuchungen.  
Sprechstunden: 9-12 u. 3-6 nachm. / Tel. 8224.

*Meine Füße...*

*...sind wieder so schön!*

Ich hab's der Sopinator-Fußpflege zu danken, daß meine Füße in Ordnung sind. Nun kann ich wieder ohne Ermüdung und schmerzfrei laufen. In meinem Sopinatorium prüft Ihnen mein Fußspezialist und Ordop. Schuhmachermeister im May-Fußspiegel - auch für Sie sichtbar - was Ihre Füße brauchen, um einen leichten Gang zu erzielen.

**Meermann's Schuhsohlerei**  
Inh.: Gg. Haas  
Franziskanergasse 8  
Telephon 5870.

**Willst Du zur Befundung einer unsinnigen, teils höchst ungerechten Wirtschaftsordnung beitragen?**

**Willst Du die Ansammlung von Kapital in sinneswidrigende Hände verhindern?**

**Willst Du den Vorteil eines großen Umfanges und billigen Einkaufs selbst mitbringen?**

dann Sorge für einen tüchtigen Vertrauensmann welcher nebenberuflich gegen kleines Entgelt die Verteilung der Waren übernimmt, oder soll die Ortsgruppe und sonstiger Bekannter: ein noch zu klein ist, geht gemeinsame Bestellungen zwecks franko Belieferung ab. Sacht in Wafschmittel auf. Beispiel:

5 Kunden je 20 Stk. Wafschseife - eine Originalfliste oder:

10 Kunden je 10 Stk. Wafschseife - eine Originalfliste

Soll die Differenz zwischen Sacht-Einkauf und Detail-Einkauf (im gegebenen Beispiel = Mk. 5,-) an die Partei oder den Sachverwalter Samartier abgeführt werden, so erfolgt die Berechnung zum Detailverkaufspreis.

**Sa. S. Smahl, Regensburg**  
Raimünzergasse 7 (Rückgebäude)

**I. Werk- und Verbrauchergemeinschaft**  
für Wafschmittel, Öle und Fette

(Mitarbeiter mit wahrhaft christlich-sozialer Gesinnung zur Kunden- und Mitgliederwerbung an allen Orten gesucht. Geringe Kauftionsstellung erwünscht.)

Bei akuten und chronischen Erkrankungen hat sich die

**Homöopathie**

Komplex-Homöopathie nach Dr. Madans, Biochemie als sehr wirkungsvoll erwiesen.

**Bestrahlungen**

Höhensonne, Ultraviolettstrahlung, Solux u. Langwell werden mit großem Erfolg bei Nerven-, Rheuma-, Gicht-, Asthma- u. Kinderkrankheiten u. a. angewendet.

**Spezial-Behandlung Beinleiden**

wie offene, geschwollene Beine, Flechten, Geschwüre Exsima.

**Theodor Fischer, Heilkundiger**  
Würzburg, Karmelitenstr. 66  
Sprechzeit von 9-12 und 3-5 Uhr.  
NB. Hausbesuche und nach anwärts zu jeder Zeit.

**Trinkt Chabeso!**

No. 1

Die

tet vo

man e

ber an

feuer,

Bauer

vernich

in Ba

und d

führen

Die

die Ne

ber ba

ber S

Die

Preffel

sind er

nebl

Dazu

ber S

Markt

Biehba

Die

thefent

Bedürf

hände.

wirte

von 1

gunehm

Hebern

in dem

ist die

Summe

die G

Rinder

schaden

Umla

Junm

Für r

Bücher

Für so

Prezen

karfred

die jäh

Der W

tal (W

wirfja

Biefen

(Mit S

wirfja

Durchj

den run

Auf

Belaftu

(ausnal

heim)

häftm

landwir

die dur

Betrie

Als

gewähe

Gesamt

anstalt

beträgt

(0,4 95

Univ.

ber tap

Soziale

Freunde

von Ru

nun vo

schon an

bedauerl

und Pre

tätigung

geantem

festgele

sondern

sir Zei

Seipel

ber bid

und glan

tergründ

Was F

Arbeit